

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Internationale Diskussion um UN-Migrationsvereinbarung. Bild: Demonstration am 10. November in Mannheim

- Brexit: Ein mögliches Abkommen
- Gelbe Warnwesten: eine heftige politische Krise in Frankreich
- Gemeinderat Essen, Haushaltsrede der Linken 2018
- Internationale Konzerne sollen Menschenrechte einhalten
- Rechte Provokationsstrategie: Der kalkulierte Tabubruch
- Kalenderblatt: Finnland 1905, die Rote Proklamation beschleunigte die Einführung des allgemeinen Wahlrecht

Ausgabe Nr. 12 am 6. Dezember 2018, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Bundestagsfraktion Die Linke

27.11.2018: bei 12 Enthaltungen ohne Gegenstimmen für UN-Migrationspakt

CHRISTOPH CORNIDES, MANNHEIM

Bereits im April 2018 hatte der Deutsche Bundestag über den Entwurf des UN-Migrationspaktes bzw. die New Yorker Erklärung der UN diskutiert. Keine der im Bundestag vertretenen Parteien, einschließlich der Linken, hatten allerdings die Möglichkeit genutzt, den bereits im Jahr 2016 von der UN-Vollversammlung eingeleiteten Prozess für die Vereinbarung eines Migrationspaktes sowie eines Flüchtlingspaktes zu nutzen, um in die nationale und internationale Diskussion um Flucht, Asyl, Migration aktiv einzugreifen. Die AfD dagegen hatte von Anfang an gegen den Entwurf gehetzt und dazu Falschmeldungen verbreitet, wohl wissend, dass der Pakt zwar keine unmittelbar bindende Wirkung für die einzelnen Staaten hat, dagegen aber Normen setzen würken würde; Normen, die den Positionen der AfD und der Rechten diametral entgegengesetzt sind.

Je näher im Jahr 2018 der geplante Termin für die Verabschiedung des UN-Migrationspaktes am 10./11. Dezember 2018 in Marrakesch kam, umso mehr

verstärkten UN-VertreterInnen ihr Werben für die Unterstützung des Paktes gegenüber den Regierungen und den Parteien in den Mitgliedsstaaten. Gleichzeitig verschärfte sich auch international die Auseinandersetzung um den geplanten Pakt, weil nicht mehr nur – wie zunächst – die USA und Ungarn, sondern jetzt auch die Regierungen Österreichs und weitere Staaten sich gegen den Pakt positionierten.

Im Spätsommer und Herbst 2018 wurde auch von verschiedenen Abgeordneten der Linken die Auseinandersetzung um Bedeutung und Inhalt des Paktes aufgegriffen. Am 8. November 2018 teilte die Linke ihre Redezeit zu einer Plenardebatté um den UN-Migrationspakt auf zwischen Sevim Dağdelen (Mitglied des außenpolitischen Ausschusses des Bundestages) und Gökay Akbulut (Migrations- und Integrationspolitischer Sprecherin der Fraktion.) Akbulut sprach sich nachdrücklich für eine Unterstützung durch die Linke und den Bundestag aus.

Im Verlauf des Novembers wurde die inhaltliche Diskussion in der Fraktion und in der Partei fortgesetzt, was sich in verschiedenen Positionspapieren niederschlug. Am 27.11. 2018 verabschiedete die Bundestagsfraktion der Linken schließlich mit deutlicher Mehrheit, keinen Gegenstimmen und 12 Enthaltungen (darunter auch Sahra Wagenknecht) den gemeinsamen Antrag „Völkerrechtliche Standards durch den Global Compact for Migration wahren – International Rechte für Migrantinnen und Migranten stärken“.

Am Ende der Sitzungswoche wurden die Anträge der verschiedenen Parteien im Plenum behandelt und abgestimmt. Leider hatte die Fraktion der Linken keinen Beschluss zum Abstimmungsverhalten gegenüber den vorliegenden Anträgen gefasst. Verschiedene Fraktionsmitglieder der Linken vertraten den Standpunkt, dass die Linke sich gegenüber dem Regierungsantrag zum Migrationspakt enthalten sollte. Da kein Beschluss zur Enthaltung vorlag, der eigene positive Antrag zum Migrationspakt im Bundestag abgelehnt wurde, wurde nach der „Standardregel“ verfahren, dann im „Gegenzug“ auch den Regierungsantrag abzulehnen.

Aber die eindeutige Tatsache bleibt: die Linke ist für den UN-Migrationspakt und wird sich für seine Umsetzung einsetzen, und sie hat viele weitergehende Forderungen, vor allem was den Kampf gegen die Ursachen von Flucht und Migration betrifft.

Am Freitag, 28.11.2018, fand dann die auf dem letzten Bundesparteitag vereinbarte gemeinsame Beratung von Fraktion und Parteivorstand zu Flucht,

Asyl, Migration statt. Ergebnis ist eine „Gemeinsame Erklärung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden anlässlich der Tagung des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion zum Thema „Flucht und Migration“ am 30. November 2018“. Daraus resultiert, was sich schon länger abzeichnet: werden die Fragen und Aufgaben praktisch und konkret gefasst, dann gibt es in der Linken tatsächlich eine große Einheit zu „Flucht, Asyl, Migration, Einwanderungsgesellschaft“. Zu klären bleibt die Frage der Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Drittstaaten und also auch die Position zu Einwanderungsgesetzen.

Dokumentiert

LINKE findet Kompromiss zum Migrationspakt. Neues Deutschland, 28.11.2018: Er könnte die Grundlage für eine sachliche innerparteiliche Debatte zum Thema Migration bilden: Der Antrag an den Bundestag, den die Linksfraktion am Dienstagabend mit großer Mehrheit beschlossen hat. Darin wird die Große Koalition aufgefordert, dem UN-Migrationspakt zuzustimmen – und ihn in nationales Recht umzusetzen. Der „Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ (Global Compact for Migration, GCM) sei ein erster Schritt zum Schutz von Migranten vor ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen.

...Nach kontroverser Debatte auch über weitere Vorschläge wurde am Ende das nochmals modifizierte Papier von Akbulut und Genossen bei lediglich zwölf Enthaltungen und ohne Gegenstimmen beschlossen. Zu denen, die sich enthielten, gehörte Sahra Wagenknecht. Ko-Fraktionschef Dietmar Bartsch, der bislang immer Einigkeit mit ihr demonstriert hatte, stimmte dafür.

Antrag der Abgeordneten Dr. Dietmar Bartsch, Gökay Akbulut, Jan Korte, Michel Brandt, Kathrin Vogler u.a. „Völkerrechtliche Standards durch den Global Compact for Migration wahren – International Rechte für Migrantinnen und Migranten stärken“: ... Der Deutsche Bundestag begrüßt insbesondere den menschenrechtlichen Ansatz der von den Staaten übernommenen Selbstverpflichtungen, der darauf abzielt, Menschen in ihren Herkunfts-, Ziel- und Transitländern vor Entrichtung, Ausbeutung und unmenschlichen Bedingungen zu schützen. Der Deutsche Bundestag sieht in den Vereinbarungen des Global Compact for Migration einen ersten Schritt, die rechtliche Situation von Migrantinnen und Migranten in allen Phasen der Migration zu verbessern, sie vor ausbeuterischen und entwürdigenden Arbeitsbedingungen zu schützen, Menschenhandel und Sklaverei zu ächten und die Information

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHIET ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelle aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc).

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzter (rül), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros). Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de

Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Versand: Projekt Print, München

Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

und Diskussion über Migration auf eine sachliche und evidenzbasierte Basis zu stellen. Was dem GCM fehlt, ist eine umfassende Analyse der strukturellen Ursachen, die zu den gegenwärtigen weltweiten Migrationsbewegungen führen, die man nun zu regulieren versucht. Dieser Mangel ist Ausdruck der Ungleichheit, die eine gemeinsame Analyse unmöglich macht.

EGMR: Selahattin Demirtaş muss freigelassen werden

RUDOLF BÜRGEL, KARLSRUHE

Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) fordert von der Türkei in seinem Urteil vom 20. November 2018 die Freilassung des früheren Abgeordneten und Ko-Vorsitzenden der HDP. Demirtaş wurde im November 2016 in Diyarbakir verhaftet und sitzt seither im Hochsicherheitsgefängnis Edirne in Untersuchungshaft. Das EGMR urteilte nun, dass das einen unrechtmäßigen Eingriff in die Meinungsfreiheit darstelle, da Demirtaş nicht seiner Arbeit als Abgeordneter im türkischen Parlament nachkommen konnte. Das Gericht weiter: Seine Inhaftierung habe besonders in der Zeit der Präsidentschaftswahlen im vergangenen Juni und dem gleichzeitig stattfindenden Referendum über den Übergang vom parlamentarischen zum Präsidialsystem habe das Ziel gehabt, Pluralismus zu ersticken und die Freiheit der politischen Debatte einzuschränken. Die Türkei wurde weiter zu einer Zahlung von 10 000 Euro Schadensersatz und 15 000 Euro Prozesskosten verurteilt.

„Das Urteil des Straßburger Menschenrechtsgerichtshof im Fall Selahattin ist ausgesprochen wichtig und begrüßenswert“, erklärte Andrej Hunko als europapolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke und Mitglied des Europaparates. „Der Präsidentschaftskandidat der links-kurdischen HDP sitzt seit zwei Jahren offenbar rechtswidrig in Untersuchungshaft, ein Umstand, der auch die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Juni verzerrte. Die Linke hat seit der Inhaftierung immer wieder gegen diese Willkür protestiert. Ich erwarte von der Türkei nun die Freilassung von Selahattin Demirtaş in den nächsten Tagen. Das Urteil unterstreicht auch die Bedeutung des Rechtssystems der Europäischen Menschenrechtskonvention mit dem EGMR, dass es zu verteidigen und auszubauen gilt.“ (ANF, 20.11.2018)

Präsident Erdogan erklärte noch am gleichen Tag, dass das Urteil für die Türkei nicht bindend sei und die Türkei zu einer „Gegenoffensive übergehen“ werde.

Dem widersprach sofort der Presse- und Sprecher des Generalsekretärs des Eu-

roparats Daniel Holtgen: „Nach Artikel 46 des Menschenrechtsabkommens sind alle EGMR-Urteile für die Mitgliedsstaaten bindend.“

Die Anwaltskammer der Türkei stellte dazu fest, dass die Republik Türkei seit 1949 Gründungsmitglied des Europarats ist und die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert hat. „Gemäß Artikel 2 unserer Verfassung ist die Türkei ein Rechtsstaat. Die einfachste Definition eines Rechtsstaates lautet, dass es sich um einen Staat handelt, der das Recht als bindend erachtet. Insofern kann die Republik Türkei zwar Urteile des EGMR kritisieren, aber es ist nicht richtig, davon zu sprechen, dass diese nicht umgesetzt werden.“ (ANF, 26.11.2018)

Der Antrag auf Haftentlassung Demirtaş, den seine Anwälte umgehend stellten, wurde von dem Strafgericht Ankara am 1. Dezember abgewiesen.

Wie die angekündigte Gegenoffensive Erdogans aussieht: Vier Monate vor den Kommunalwahlen überzieht er erneut die HDP mit einer Verhaftungswelle. Seit November 2016 wurden über 10 000 HDP-Funktionäre festgenommen, mehr als 5 000 sitzen seither in Haft. Im Parlament wurde die Aufhebung der Immunität von 21 Abgeordneten der Opposition beantragt, davon 12 gegen HDP-Abgeordnete und 9 gegen Abgeordnete der CHP. Betroffen sind u.a. Pervin Buldan (Ko-Vorsitzender der HDP) und die ehemalige EP-Abgeordnete der Linken Feleknas Uca.

24./25.11.2018: Landesparteitag Die Linke Baden-Württemberg

CHRISTOPH CORNIDES, MANNHEIM

Am Wochenende vom 24./25. November 2018 fand in Stuttgart im DGB-Haus der Landesparteitag der Linken Baden-Württemberg statt. Der Landesparteitag wählte turnusmäßig einen neuen Landesvorstand und verabschiedete Eckpunkte zu den Kommunalwahlen 2019 in Baden-Württemberg. Sie finden im 26. Mai 2019, zeitgleich mit den Wahlen zum Europaparlament, statt.

In der Generaldebatte waren die bestimmenden Themen der Kampf gegen Rechtes, gegen Rassismus, für soziale Gerechtigkeit, Abrüstung, Antimilitarismus, für eine offene Gesellschaft und für die Unterstützung der Solidaritätsbewegungen gegen Rechts und gegen das Sterben im Mittelmeer.

Zu den vom Landesvorstand vorgeschlagenen Eckpunkten zur Kommunalpolitik lagen zahlreiche Änderungs- und Ergänzungsanträge auch zu Detailfragen vor, die der Parteitag in sachlicher Diskussion bearbeitete und verabschiedete. Die Diskussion und Beschlussfassung

darüber war verbunden mit der Frage, wie die Wahlen zu den Gemeinde- und Kreisräten sowie zum Europaparlament mit der weiteren Entwicklung linker Politik und dem planmäßigen Aufbau der Kreisverbände im ländlichen Raum und den kleineren Städten und Gemeinden verbunden werden kann.

Für ein Pflege-Volksbegehren will die Linke ein Bündnis in Baden-Württemberg initiieren.

Ein Antrag der LAG Frieden Die Linke BaWü „Solidarität mit Geflüchteten statt Abschottung und Ausgrenzung!“ wurde einstimmig verabschiedet. Darin heißt es u.a.: „Die Linke Baden-Württemberg unterstützt aktiv die Seebrücken-Bündnisse vor Ort und mobilisiert für ihre Veranstaltungen, Aktionen und Demonstrationen.“

Der Bericht „Für eine offene, pluralistische und solidarische Einwanderungsgesellschaft“ eingebracht von der Landes-AG „Migration – Antirassismus“, wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Die AG wurde beauftragt, auf der Basis des Berichts Informationsmaterial zu den Kommunalwahlen zu erstellen. In dem Bericht werden auch die Ergebnisse einer Fachtagung des Landesverbandes zum Thema mit 80 TeilnehmerInnen im Mai 2018 ausgewertet. Ebenso wird festgehalten, dass die Frage der Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Drittstaaten weiter geklärt werden muss.

Der Landesparteitag lehnte es ab, sich mit den Anträgen „Streichung des Palästina Komitees e.V. und der Palästinensischen Gemeinde e.V. von der Webseite der Stadt Stuttgart“ und „Zurückweisung des Vorwurfs von Antisemitismus bei Kritik an israelischer Politik zur Verhinderung einer kritischen Auseinandersetzung“ zu befassen. Es wurde auf die erfolgreiche Durchführung von Fachtagungen des Landesverbandes zum Thema Israel/Palästina sowie auf die bestehende Be schlusslage der Partei dazu verwiesen.

Der Europa Antrag „Für ein Europa der Solidarität, der Menschlichkeit und des friedlichen Zusammenlebens“ wurde an den Parteivorstand als Material für das Erstellen des Europa-Programms überwiesen.

Mit der Wahl des neuen Landesvorstandes setzt der Landesverband den Generationswechsel bei gleichzeitiger Kontinuität und dem Ziel der Vertretung der verschiedenen Landesregionen fort. Die Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes wurden wieder gewählt. Jetzt aber als LandessprecherInnen Sahra Mirow aus Heidelberg und Dirk Spöri aus Freiburg, die bisherige Landessprecherin Heidi Scharf wurde als eine der stellvertretenden SprecherInnen gewählt.

Ein mögliches Abkommen

EVA DETSCHER, KARLSRUHE

Ein Austrittsvertrag und eine politische Erklärung zur zukünftigen Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (UK) liegen seit dem 25. November auf dem Tisch. Beide Seiten betonen, dass die jeweiligen Haltelinien nicht überschritten worden seien, der Kompromiss der bestmögliche sei. Der Wunsch, einen regelbasierten Austritt eines Mitgliedsstaates aus der EU zu ermöglichen, ist auf beiden Seiten groß. Der Moment des Schocks, dass wegen Gibraltar alles scheitern könnte, und die rasche Einigung mit der spanischen Regierung haben das eindrucksvoll bestätigt.

Michel Barnier, Unterhändler der Europäischen Union, hat im August davon

gesprochen, dass 80 Prozent des Vertrages ausgehandelt seien. „Das Vereinigte Königreich weiß um die Vorzüge des Binnenmarkts. Es hat in den vergangenen 45 Jahren dazu beigetragen, unsere Regeln zu gestalten“, schreibt Barnier in einem Beitrag in der FAZ. Die letzten 20 Prozent kamen sicherlich auch wegen einer solchen Haltung zustande: Großbritannien und die EU werden auch nach einem Austritt einander brauchen. Seit dem 25. November überschlagen sich die Meldungen über die Vorbereitungen für den und die Auswirkungen des Brexits. In allen Lebensbereichen, in Organisationen, bei Firmen, für ganze Wirtschaftszweige, im Finanzsystem, für das Wissenschaftssystem müssen Dinge geregelt werden, die sich in ihrer Komplexität und Vielfalt

langsam erst erschließen. Wie verschlungen die Wertschöpfungsketten sind und wie reibungslos sie innerhalb der EU funktionieren, tritt mehr und mehr in den Vordergrund. Allerdings haben die britischen Gewerkschaften große Befürchtungen, dass Arbeitnehmerrechte und soziale Standards unter die Räder kommen.

Die politischen Akteure sind in heller Aufregung, und ob es eine Mehrheit im britischen Parlament für den jetzt ausgehandelten Deal geben wird, ist völlig offen: die Konservativen dividieren sich Tag für Tag mehr auseinander (das 9. Regierungsmittel, der für Forschung und Universitäten zuständige Staatssekretär Sam Gyimah, hat gerade angekündigt, sowohl sofort zurückzutreten als auch gegen das Abkommen zu stimmen), die üblichen Verdächtigen wie Rees Mogg, David Davies oder Boris Johnson verlegen den Untergang des britischen Weltreiches vom Ende des 19. Jahrhunderts auf den Tag, an dem dieses Abkommen beschlossen werden wird. Wie viele der konservativen Parteikollegen May und dem ausgehandelten Abkommen ihre Stimme geben werden, ist nicht abzusehen. Die Labour-Partei will dem Abkommen nicht zustimmen, sie will regieren und dann alles besser machen, also Neuwahlen provozieren. Theresa May hat sich mit einem Brief ausdrücklich an die Bürger von UK gewandt: „Unsere besten Tage liegen vor uns.“ Sie besucht jedes der vier Landesteile Wales, Irland, Schottland und England, um so den Druck auf die Parlamentarier aus ihren Wahlbezirken zu erhöhen, dem jetzt möglichen geordneten Austritt zuzustimmen.

Ausgangslage für das jetzt gefundene Abkommen und Eckpunkte des Abkommens:

UK-Seite: Das Referendum im Juni 2016 stellte den Wendepunkt in einer politischen Auseinandersetzung im Vereinigten Königreich dar, die geprägt war von Stimmungsmache und – in diesem Falle stimmt der Begriff – populistischer Fokussierung alles Elends auf die Ursache „Brüssel“. Die einzige Frage des Referendums war: „Soll das Vereinigte Königreich Mitglied der Europäischen Union bleiben oder die Europäische Union verlassen?“

In den gut drei Jahren seither werden die Entscheidungsgründe der Mehrheit des Referendums interpretiert – sie werden vielfältig sein, und der eine oder andere wird inzwischen bedauern, dass er seine Probleme meinte, durch einen

Timeline des Brexit-Prozesses	
29. März 2017	Referendum im Vereinigten Königreich (46,5 Mio. Wahlberechtigte, 51,9 % für den Brexit, 72,2 % Wahlbeteiligung)
23. März 2018	Großbritannien erklärt den EU-Austritt
19. Juni 2017	Beginn der Verhandlungen GB – EU
23. März 2018	Vereinbarung über Übergangsperiode
14. Oktober 2018	Verhandlungen ausgesetzt
17./18. Oktober 2018	EU-Gipfel in Salzburg
25. November 2018	Sondergipfel des Europäischen Rates
Szenario 1: Das britische Unterhaus stimmt im Dezember dem aktuellen Abkommen zu und das britische Parlament stimmt im Frühjahr 2019 dem Gesetz zum EU-Austritt zu.	
11. Dezember 2018	Zustimmung im britischen Unterhaus
Januar/Februar 2019	1. Gesetz zum EU-Austritt wird ins britische Parlament eingebracht und erhält Zustimmung
	2. Abstimmung im Europaparlament (einfache Mehrheit zählt)
	3. Abstimmung im Ministerrat (20 der 27 Mitgliedsstaaten müssen zustimmen)
29. März 2019	Offizielles Austrittsdatum
23. bis 26. Mai 2019	Wahlen zum Europäischen Parlament
31. Dezember 2020	Ende der jetzt vereinbarten Übergangsphase (im Juli 2020 kann über eine Verlängerung entschieden werden)
Nach 2020/2022	„Backstop“ (siehe Erläuterungen)
Szenario 2: Das britische Unterhaus lehnt im Dezember das aktuelle Abkommen ab, legt einen neuen Vorschlag vor und das britische Parlament stimmt im Frühjahr 2019 dann Gesetz zum EU-Austritt zu.	
11. Dezember 2018	Ablehnung im britischen Unterhaus
innerhalb drei Wochen	Die britische Regierung muss einen neuen Vorschlag präsentieren
29. März 2019	Offizielles Austrittsdatum
Szenario 3: Das britische Parlament lehnt im Frühjahr 2019 das Gesetz zum EU-Austritt ab.	
Januar/Februar 2019	Gesetz zum EU-Austritt wird ins britische Parlament eingebracht und wird abgelehnt.
... Optionen:	Entweder Neuverhandlungen oder ein zweites Brexit-Referendum oder Neuwahlen oder No-Deal-Brexit zum 29. März 2019

EU-Austritt lösen zu können. Herausgeschält – allerdings nicht unumstritten – haben sich Haltelinien für die britische Verhandlungsseite, jenseits derer der innere Zusammenhalt des Vereinigten Königreichs – sowohl in der Bevölkerung als auch zwischen den Landesteilen England, Irland, Schottland und Wales – nicht mehr gewährleistet werden könnte: Nordirlandfrage, Gibraltar, britische Hoheit über Handelsabkommen und Freizügigkeit.

Vorgaben des EU-Parlaments zu Beginn der Verhandlungen: Rechte der EU-Bürger im Vereinigten Königreich; Rechte britischer Staatsbürger, die in anderen Mitgliedstaaten leben; finanzielle Verpflichtungen, die das Vereinigte Königreich als Mitgliedstaat eingegangen ist; Grenzfragen (vor allem bezüglich der Grenze zwischen dem Vereinigten Königreich und Irland); Sitz von EU-Agenturen; internationale Verpflichtungen, die das Vereinigte Königreich als EU-Mitgliedstaat eingegangen ist (zum Beispiel das Pariser Klimaabkommen)

Eckpunkte des Abkommens:

Übergangsphase bis 2020: UK bleibt in Binnenmarkt und Zollunion; UK bindet sich langfristig an die Mindeststandards in der EU im Arbeits-, Sozial und Umweltrecht und bei den EU-Beihilferegeln. Für Irland ist ein „Backstop“ vereinbart worden, eine Art Auffangregelung, um Grenzkontrollen an der inneririschen Grenze zu vermeiden. Dies beinhaltet eine Zollunion zwischen EU und dem Vereinigten Königreich. Bei Gibraltar darf Spanien direkt mit UK verhandeln. Die Fischfangrechte in britischen Gewässern bleiben erhalten.

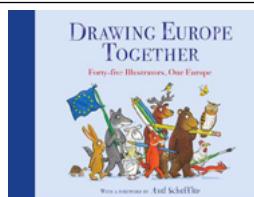
Eckpunkte des Vertrags über das künftige Verhältnis:

Man will Handel miteinander treiben und wird dies regeln, um es möglichst reibungslos zu gestalten (Anlehnung an Verfahren der EU mit Norwegen z.B.); enge Zusammenarbeit bei Sicherheitspolitik, Datenschutz, Klimaschutz, Luftverkehr; Sicherung des Zugangs zu den Fischereirechten.

29. November 2018. Michel Barnier vor dem EU-Parlament:

... die Europäische Union wollte nicht, dass der Brexit stattfindet. Bislang konnte mir niemand den Mehrwert von Brexit nachweisen, aber wir respektieren das demokratische und souveräne Votum der britischen Bürger, und wir werden, wie von der Regierung gefordert, den Prozess für einen geordneten Rückzug einleiten.

Diese beiden am Sonntag vereinbarten Dokumente begrenzen einfach die negativen Folgen des Brexits für beide Seiten, insbesondere für die 27 Mitgliedstaaten der Union. Die Rücknahmevereinbarung bringt Rechtssicherheit für all jene



Der 1957 in Hamburg geborene Zeichner und Buchillustrator Axel Scheffler lebt in London und ist erklärter Brexit-Gegner von Anfang an. Jetzt hat er 45 Kollegen in einem Projekt zusammengeführt, die mit Zeichnungen und kurzen Texten ihrer Sicht auf den Austritt des Landes aus der EU Ausdruck verleihen. Zu empfehlen ist es sowohl wegen der teils unerwarteten frischen Gedanken, vor allem aber auch wegen der kleinen Bilderkunstwerke. „Sind wir immer noch ‚In Vielfalt vereint?‘ 45 Künstler aus ganz Europa erzählen von der gemeinsamen Vergangenheit der Europäischen Union und unserer unsicheren Zukunft. Von Brexit-Bienen bis hin zu Springbullen ist Drawing Europe Together eine einzigartige Sammlung, die die europäische Gemeinschaft darstellt ... mit oder ohne Großbritannien.“ Text von der Verlagsseite.

Buchtitel: Drawing Europe Together – Forty-five Illustrators. One Europe

Menschen, Unternehmen und Regionen, die über die Folgen der britischen Entscheidung, die Europäische Union zu verlassen, besorgt sind.

... ein persönliches Wort des Dankes an alle Mitglieder der Brexit-Lenkungsgruppe zu richten: Danuta Hübner, Elmar Brok, Roberto Gualtieri, Gabriele Zimmer, Philippe Lamberts, die diese Verhandlungen gemeinsam mit ihren Teams verfolgt haben, denen ich Tag für Tag in der Brexit-Lenkungsgruppe danke ... da ich weiß, dass wir noch nicht am Ende des Weges sind, der schwierig bleiben wird.“

Gewerkschaftsverband TUC zum Brexit
„Die Zeit läuft ab und ein Ausscheiden aus der EU wäre eine absolute Katastrophe für die Menschen, die wir vertreten“, so die TUC-Vorsitzende Frances O’Grady.

„Wir sprechen von alltäglichen Schutzmaßnahmen, die für die Arbeitnehmer wirklich wichtig sind, wie bezahlten Urlaub, Rechte für Teilzeitbeschäftigte, Freistellung für berufstätige Mütter und Väter, gleiches Entgelt für Frauen und Begrenzung der Arbeitszeiten. Diese Rechte wurden von Gewerkschaftern über die EU gewonnen, und wir waren uns einig, dass der Austritt aus der EU sie nicht gefährden darf. Und darauf aufbauend brauchen die Arbeitnehmer eine langfristige, verbindliche Garantie, dass die Rechte im Vereinigten Königreich mit denen in ganz Europa Schritt halten. Aber der Deal der Regierung kommt nicht annähernd an diesen Test heran. Sowohl in den Vorschlägen für die Übergangszeit als auch in unseren künftigen Beziehungen zur EU – und ob wir nun mit dem Backstop oder einem Freihandelsabkommen enden – sind unsere Rechte wirklich gefährdet.“

Der Trades Union Congress (TUC) ist ein gewerkschaftlicher Dachverband in Vereinigtes Königreich. Er vereint 65 Gewerkschaften mit ca. 6,5 Millionen Mitgliedern.

Labour und Jeremy Corbyn

Mit „leuchtend rotem Wahlprogramm“ hat Labour 2017 das beste Wahlergebnis seit 16 Jahren eingefahren. Derzeit hat Labour 540 000 Parteimitglieder,

das sind dreimal so viele wie 2014. Labour will die privatisierten Unternehmen wie Eisenbahnverkehr, Post und Wasserversorgung wieder unter staatliche Kontrolle bringen. „Er will große Unternehmen dazu verpflichten, ein Drittel der Sitze in ihren Verwaltungsräten Arbeitnehmervertretern zu überlassen“, Studiengebühren sollen abgeschafft werden. In Labour gibt es zwei Strömungen, was die Einschätzung der EU anbelangt: für die einen (Corbyn gehört dazu) ist es ein „neoliberales Projekt zum Nachteil der europäischen Arbeiterklasse“; auf der anderen Seite viele proeuropäische junge Mitglieder, die Labour in den letzten Jahren gewonnen hat, die den Brexit als historischen Fehler sehen. Labour selbst will gegen den Deal stimmen, der bedeuten würde, dass es einen geregelten britischen EU-Austritt mit Übergangsregelungen für die Wirtschaft im März 2019 geben wird ... Sollte May vom Parlament das Misstrauen ausgesprochen werden, hat sie zwei Wochen Zeit, doch noch eine Vertrauensfrage zu gewinnen. Scheitert das, gibt es eine Neuwahl des Unterhauses.“ (Zitiert nach Handelsblatt vom 22.12.2018)

Reaktionen auf die Aussicht, dass es keinen geordneten Austritt gibt:

Große Firmen wie Airbus oder BMW werden Lieferengpässe haben – es wird schon über Luftbrücken mit Roh- und Zwischenprodukten für die Endproduktion z.B. der Austin Minis, die in der Nähe von Oxford produziert werden, nachgedacht; Handelsketten wie Sainsbury, die eher ein zweites Referendum wollen, befürchten, dass die Regale leer gefegt wären; der Nachschub an Medikamenten wäre gefährdet; ein Sprecher des Polizeibundes von England und Wales meinte: „Es gibt wirkliche Bedenken, dass es zu Ausschreitungen kommt, wenn die Leute keine Nahrung kaufen können oder kein Insulin bekommen.“ Die Aktien der Royal Bank of Scotland (RBS), Barclays oder Lloyds fallen; Probleme bei der Zollabfertigung z.B. kilometerlange Lastwagenstaus in den großen Seehäfen wie Dover sind unüberschaubar.

Gelbe Warnwesten: eine heftige politische Krise in Frankreich

MATTHIAS PAYKOWSKI, KARLSRUHE

Seit Mitte November halten in ganz Frankreich Blockadeaktionen und Demonstrationen der sogenannten „Gilets jaunes“ an. Name und Erkennungszeichen sind gelbe Warnwesten, die jeder Autofahrer verpflichtet ist, im Fahrzeug mitzuführen. Blockiert werden u.a. Mautstationen und Autobahnen, die Auslieferung von Kraftstoff aus Raffinerien, aber auch gewöhnliche Straßensperren gehören zum Baukasten. An einem ersten Aktionstag am 17. November beteiligten sich landesweit 290 000 Menschen an etwa 3000 verschiedenen Orten. Seitdem nimmt die Beteiligung wieder ab, die Härte der Auseinandersetzung aber umgekehrt zu. Die Organisatoren wenden sich gegen die Anhebung der Steuer auf Kraftstoffe, überhaupt die Erhöhung der Benzin- und insbesondere der Dieselpreise. ^[1] Eine Petition im Internet ^[2] zur Senkung der Kraftstoffpreise an den Tankstellen wurde bisher (Stand 2.12.18) 1,1-millionenmal geteilt. In einer Petition fordern sie verschiedene finanzielle Maßnahmen und Erleichterungen. ^[3]

Internetmedien spielen bei Kommunikation und Mobilisierung eine gewichtige Rolle. Le Pen auf der Rechten (RN) und Wauquiez (LR) haben Unterstützung erklärt, Mélenchons La France Insoumise ebenfalls. An einer Beteiligung von z.B. Gewerkschaften scheint seitens der Organisatoren kein größeres Interesse zu bestehen. Die Gewerkschaften verhalten sich auch eher zurückhaltend und fordern von der Regierung, dass sie sich einem sozialen Dialog mit den verlässlichen und bekannten Sozialpartnern öffnet.

Die komfortable Mehrheit der Regierungspartei LREM lässt der Opposition in der Nationalversammlung kaum Möglichkeiten zum Handeln; die Gewerkschaften konnten in den Verhandlungen zur Arbeitsgesetzgebung und Bahnreform dem Regierungsprogramm wenig entgegensezten und waren schlussendlich wenig erfolgreich. Diese wichtigen Teilnehmer in den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen sind aktuell

mehr oder weniger ausgeschaltet, zumindest ihre Bedeutung nicht nur in der Wahrnehmung der öffentlichen Meinung geschmälert. Sind Gilets jaunes der Versuch diese Lücke zu schließen und sich etwa zu einem neuen Zusammenschluss der oder in der Zivilgesellschaft zu entwickeln? Können sie die Regierung in den Diskurs zwingen, gar die Rücknahme der Maßnahmen erreichen? Nach den schweren Auseinandersetzungen am 1. Dezember in Paris hat Macron die Bereitschaft zum Dialog erklärt (Stand: 2.12.18). Man wird also miteinander sprechen.

Votum habe mehr mit dem fehlenden Bahnhof als mit Fremdenfeindlichkeit und Faschismus zu tun.

Die Bemühungen seit den 80er Jahren – beginnend mit Mitterand – um Regionalisierung und Dezentralisierung hat zur vorteilhaften Entwicklung vieler Großstädte und Räume wie Lyon, Marseille, Bordeaux, Strasbourg geführt und ihre Entwicklung hin zu Metropolregionen gefördert. Die Verbindung mit dem TGV durch das Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn SNCF hat Prosperität und Synergie in und zwischen diesen



Oder bestätigen sich Anhaltspunkte und Befürchtungen, dass sich eine rechte Bewegung formiert, ein Sammelbecken französischer Wutbürger: „Nous sommes le peuple“. (Wir sind das Volk) mit ausgeprägtem Instinkt gegen Die da Oben, Eliten, politisches System? Der Soziologe Benoît Coquard verortet die „gelben Westen in der unteren rechten Zone des Sozialraums, wenn wir ein Bourdieusches Leseraster nehmen, d. h. von der Arbeiterklasse bis zur Mittelschicht mit eher geringer Qualifikation und Ausübung von Handwerk. Es sind Menschen mit ähnlichem Geschmack, die täglich Seite an Seite leben, in ihren Weltbildern übereinstimmen. Soziale Annäherungen sind nicht auf Klassen „auf dem Papier“ (um wie Bourdieu zu sprechen) reduzierbar, sondern darauf, Positionen im Raum der Lebensstile zu schließen.“ ^[4]

Deutliche Hinweise wachsender bzw. gewachsener Verwerfungen und Differenz bei Lebensverhältnissen und Lebensstilen zwischen Stadt–Land; Metropole–Peripherie gab es immer wieder. In dieser Differenz sucht sich auch Le Pens Rassemblement National RN einzunisten! Der französische Geograph Christophe Guilluy konstatierte: „Mitzunehmender Distanz zum nächsten Bahnhof steigt die Bereitschaft, Le Pen zu wählen“, und dieses

Regionen gefördert, aber gleichzeitig wurden Landstriche und Peripherien dazwischen abgehängt. In diesen Regionen ist das Auto lebenswichtiger Bestandteil und Voraussetzung der Reproduktion.

Anmerkungen und Quellen:

(1) Das Verhältnis zwischen Diesel und Benzin im Steuersystem wird anders gewichtet. Seit Anfang der 2000er Jahre haben die französischen Regierungen aus Umwelt-, Kosten- und Verbrauchsgründen massiv auf Dieselantrieb und -kraftstoff gesetzt,

die PKW-Hersteller sich entsprechend aufgestellt. 2017 machte der Dieselkraftstoff fast 80% der in Frankreich verkauften Kraftstoffmengen aus, aber erstmals seit 2000 sank der Marktanteil von Diesel-Autos in Frankreich unter 50 Prozent. 2016 waren noch mehr als 52 Prozent der Neuwagen in Frankreich Diesel-Fahrzeuge, 2012 mehr als 70 Prozent.

(2) Petition auf <https://www.change.org/p/pour-une-baisse-des-prix-à-la-pompe-essence-diesel>;

(3) einige Beispiele aus der Petition: „den Verkauf von Dieselfahrzeugen einstellen“, dann folgend den Verkauf von Benzin getriebenen Fahrzeugen, „um Raum für Elektro- und Hybridantriebe zu schaffen“; Rücknahmeangebote; „die überhöhten Preise für Elektrofahrzeuge regulieren, um den Erwerb durch unsere Bürger zu erleichtern“; den Unternehmen das Einführen von Home-Office erleichtern, „das den Mitarbeitern ermöglicht, von zu Hause aus zu arbeiten, um die Mobilität der Arbeitnehmer einzuschränken“; „Gewährung von Subventionen und anderen Hilfen für Unternehmen, damit sie sich in den Vororten und Provinzen niederlassen können, um die Verkehrsüberlastung in Großstädten zu verringern und lange Autofahrten zu begrenzen.“

(4) <http://www.contretemps.eu/sociologie-gilets-jaunes/>; (5) div. Französische Tagespresse: Le Monde, Figaro; FAZ.



25 Jahre PKK-Verbot – PKK-Verbot aufheben!

RUDOLF BÜRGEL, KARLSRUHE

Am 26. November jährt sich das durch den damaligen CDU-Innenminister Manfred Kanther verhängte Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans PKK zum 25. Mal. Im Jahr 2002 wurde die PKK auf Wunsch der Türkei auf die EU-Terrorliste gesetzt. Die EU-Staaten gehen damit ganz unterschiedlich um. In Belgien beispielsweise entschied 2017 ein Gericht, dass die PKK keine terroristische Organisation sei, sondern legitimen Widerstand leiste.

Am 15. November entschied der Euro-

päische Gerichtshof in dem Verfahren zwischen PKK und EU, dass die PKK zwischen 2014 und 2017 zu Unrecht auf der EU-Terrorliste stand. Diese wird alle sechs Monate erneuert. Das Gericht befand, dass die Entwicklung der PKK im Mittleren Osten nicht berücksichtigt worden sei, sondern die Eintragung der PKK auf der Terrorliste ohne rechtliche Prüfung nur fortgeschrieben wurde. Dabei verwies das Gericht auf die Waffenstillstandserklärung der PKK von 2009 und die Friedensgespräche mit dem türkischen Staat. Ebenfalls habe der Friedensaufruf des PKK-Gründers Abdullah

Öcalan vom 21. März 2013 keine Beachtung gefunden. Dieser Aufruf wurde von der damaligen EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton und dem EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle in einer gemeinsamen Erklärung unterstützt, so das Gericht.

Für das Jahr 2018 liegt ein neuer Beschluss zur EU-Terrorliste vor, der durch das aktuelle Urteil nicht infrage gestellt wird. Die Aufnahme auf die Liste geschah aber mit den Argumenten, die das Gericht für nicht ausreichend befand. Dazu hat die PKK eine neue Klage angekündigt. □

Interview von ANF mit Linke-MdB Ulla Jelpke: PKK-Verbot bedeutet Diskriminierung der Kurden

Was sind die politischen Hintergründe des PKK-Verbots und der PKK-Verfolgung?
Die Hintergründe sind in der rund 150-jährigen wirtschaftlich und geopolitisch begründeten deutsch-türkischen Waffenbrüderschaft der herrschenden Klassen beider Länder zu suchen. Das PKK-Verbot wurde 1993 vor allem außenpolitisch begründet. Die PKK-Agitation in Deutschland habe ein Ausmaß erreicht, das dem Nato-Partner Türkei nicht mehr zuzumuten sei, hieß es im Verbotsbescheid. Schon vor dem Verbot gab es ja den Versuch, mit dem Prozess in Düsseldorf die PKK als Ganzes als terroristische Vereinigung zu brandmarken, was damals noch misslang. Das PKK-Verbot sollte dann nicht nur die Führungs-kader der Befreiungsbewegung, sondern vor allem die Masse der Sympathisanten und Unterstützer treffen, die die Bewegung mit Spenden oder der Teilnahme auf Demonstrationen unterstützen. Neben Geld- und Haftstrafen drohen bei PKK-Unterstützung ja auch aufenthaltsrechtliche Maßnahmen oder die Verweigerung der Einbürgerung. Das kann schon einschüchternd wirken, allerdings zeigen selbst die Zahlen in den Verfassungsschutzberichten, dass sowohl die Anhängerschaft der PKK in Deutschland als auch die Höhe der Spenden an die Befreiungsbewegung in den vergangenen 25 Jahren trotz Verbots konstant nach oben gegangen sind. Solange die Türkei ihren Krieg gegen die Kurden fortsetzt und die Bundesregierung weiter mit Waffenlieferungen Öl ins Feuer gießt, wird sich daran sicherlich auch nichts ändern.

Inwiefern wird die Repression gegen die PKK als Vorwand bzw. als Blaupause für eine Verschärfung von Sicherheitsgesetzen genutzt? Gibt es hier konkrete Beispiele?
In der Tat diente und dient die Repression gegen die PKK als Schrittmacherin für eine Verschärfung von Sicherheitsgesetzen, den Abbau von Flüchtlingsrechten

und generell für Angriffe auf Grundrechte. Der erste große PKK-Prozess Ende der 80er Jahre in Düsseldorf, bei dem die PKK als Gesamtorganisation als terroristische Vereinigung dargestellt werden sollte, scheiterte ja unter anderem deswegen in diesem Ziel, weil es damals nicht möglich war, im Ausland verübte Taten, die sich nicht gegen Deutsche richteten und an denen keine Deutschen beteiligt waren, zu verfolgen. Die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA ermöglichten es der Bundesregierung dann, den schon lange in der Schublade liegenden Paragraphen 129b StGB gegen sogenannte terroristische Vereinigungen im Ausland einzuführen. Dieser Paragraph kommt inzwischen nicht nur gegen Islamisten, sondern eben auch gegen die PKK und türkische Linke zum Einsatz. Oder ein anderes Beispiel: Mitte der 90er Jahre forderten CDU-Innenpolitiker aufgrund großer verbotener kurdischer Demonstrationen, bei denen es zu Aus-einandersetzungen mit der Polizei kam, den Einsatz der Bundeswehr im Inland. Diese Forderung war damals schon verfassungswidrig, sie steht aber nach wie vor auf der Agenda der Union. Das PKK-Verbot trifft übrigens nicht nur Kurden bzw. Unterstützer der Freiheitsbewe-gung. Kurz nach dem PKK-Verbot wurde 1994 sogar eine Erste-Mai-Demonstra-tion des DGB mit der absurden Begründung verboten, es könnten ja Kurden mit ihren Fahnen auftauchen.

Inwiefern geht Deutschland mit seiner Verfolgung der PKK innerhalb der EU einen Sonderweg?

Ein vereinsrechtliches Verbot der PKK, mit dem sich dann auch das Verbot von Symbolen der Befreiungsbewegung bis hin zu Bildern des PKK-Vordenkers Öcalan rechtfertigen lässt, gibt es bislang in dieser Form nur in Deutschland. Auch in einigen anderen europäischen Staaten findet allerdings eine Verfolgung der

kurdischen Befreiungsbewegung statt, die sich insbesondere gegen Medien wie beispielsweise kurdische Fernsehsender richtet. Als Grundlage dafür dient allerdings meist die EU-Terrorliste, kurdischen Exilpolitikern wird dann Terrorfinanzierung vorgeworfen. In Belgien, wo es in diesem Zusammenhang ein groß-angelegtes Verfahren gegen kurdische Diplomaten und Journalisten gab, hat ein Gericht 2017 allerdings geurteilt, dass die PKK nicht terroristisch sei, sondern im Sinne des Völkerrechts legitimen Wi-derstand gegen koloniale Unterdrückung leiste.

Warum ist es wichtig, sich gegen das PKK-Verbot zu engagieren?

Das sollte zum einen eine demokratische Selbstverständlichkeit sein. Denn mit dem PKK-Verbot werden Zehntausende oder sogar Hunderttausende kurdisch-stämmiger Bürgerinnen und Bürger und darüber hinaus alle, die mit der kurdischen Befreiungsbewegung oder mit dem Kampf von YPG und YPJ gegen den IS sympathisieren, in ihren Grundrechten auf Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit etc. einge-schränkt. Das PKK-Verbot führt darüber hinaus zu einer generellen politischen Diskriminierung von Kurden, insbeson-dere in den 90er Jahren wurde auch mit Hilfe hetzerischer Presseberichte die Gleichung Kurde = PKK = Terrorist konstruiert – so wirkt sich das PKK-Verbot auch als Integrationshemmnis aus. Schließlich stellen Kurden nach den Türken die zweitgrößte Migrationsgruppe in Deutschland dar und selbst nach Anga-ben des Verfassungsschutzes ist die PKK unter ihnen die stärkste Kraft. Auch für eine Friedenslösung in Kurdistan wäre eine Aufhebung des PKK-Verbots förderlich, denn wie soll ein Friedensprozess in Gang gebracht werden, wenn eine Seite selbst im politischen Exil weiterverfolgt und in den Untergrund getrieben wird? □

Deutsche Umwelthilfe (DUH) erwirkt erstes Autobahn-Diesel-Fahrverbot auf der A40 im Ruhrgebiet sowie Diesel-Fahrverbote für Essen und Gelsenkirchen

PRESSEMITTEILUNG DUH. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen gibt Klagen für „Saubere Luft“ der Deutschen Umwelthilfe statt – Bisher stärkstes Urteil für den Gesundheitsschutz – DUH erwirkt elftes und zwölftes Urteil in Folge zu Diesel-Fahrverbots in Deutschland – Luftreinhaltepläne der beiden Ruhrgebietsstädte müssen bis zum 1. Juli 2019 um eine 18 Stadtteile umfassende Diesel-Fahrverbotszone für Essen und streckenbezogene Diesel-Fahrverbote für Gelsenkirchen erweitert werden – Zum ersten Mal soll in Essen mit der Sperrung der A40 für Dieselfahrzeuge bis einschließlich Euro 5/V auch eine Autobahn in die Fahrverbotszone einbezogen werden – Heutige Kabinettsentscheidung zur Heraufsetzung von NO₂- und NO_x-Grenzwerten: Diesel-Fahrverbote kommen trotz Änderung des BImSchG auch für Städte unter 50 µg NO₂/cbm – Bundesland Nordrhein-Westfalen mit den meisten Klagen für Diesel-Fahrverbote Essen/Gelsenkirchen, 15.11.2018: Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hat heute über die Klagen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) für „Saubere Luft“ in den Städten Essen und Gelsenkirchen entschieden (Essen: 8K 5068/15, Gelsenkirchen: 8K 5254/15) und beiden Klagen in vollem Umfang stattgegeben: Der Luftgrenzwert für das Dieselabgasgift Stickstoffdioxid (NO₂), der seit dem Jahr 2010 verbindlich gilt, ist schnellstmöglich einzuhalten, spätestens im Jahr 2019. Dabei geht es um eine Grenzwertehaltung jeweils im gesamten Stadtgebiet. Die internationale Umweltrechtsorganisation ClientEarth unterstützt Klagen für „Saubere Luft“ der DUH.

Für die Stadt Essen hat das Gericht (höchster NO₂-Belastungswert in Essen: 49 µg/cbm) entschieden, dass die Landesregierung ein Diesel-Fahrverbot für 18 Stadtteile inkl. der Stadtmitte als „blaue Umweltzone“ in den Luftreinhalteplan aufzunehmen hat. Dieses gilt ab dem 1. Juli 2019 für alle Diesel unterhalb der Abgasnorm Euro 5 und Benzin unterhalb der Norm Euro 3. Zum 1. September 2019 ist das Verbot auf Diesel-Pkw, Busse und Nutzfahrzeuge der Abgasnorm Euro 5 zu erweitern.

Zum ersten Mal in Deutschland wurde von einem Gericht auch ein Diesel-Fahrverbot für eine Bundesautobahn verfügt. Ab dem 1. Juli 2019 gilt dies auf der Autobahn A40 für Diesel-Pkw, Busse

und Nutzfahrzeuge bis einschließlich der Abgasstufe Euro 4/IV, ab dem 1. September 2019 wird dieses für Euro 5/V Diesel ausgedehnt. Grund ist die hohe Belastung einer Wohnsiedlung in Essen-Frohnhausen, hier führt die Bundesautobahn unmittelbar vorbei. Das Gericht hat zusätzlich dem Land die Prüfung weiterer Fahrverbote für neun weitere Verdachtsfälle außerhalb der „Blauen Umweltzone“ mit Frist bis zum 1. April 2019 auferlegt. Damit stellt das Gericht mit seinem Urteil das verfassungsrechtlich geschützte Recht auf Gesundheit der Menschen in Essen und Gelsenkirchen über die Profitinteressen der Automobilindustrie.

Für die Stadt Gelsenkirchen, welche mit 46 µg NO₂/cbm geringere Grenzwertüberschreitungen beim Dieselabgasgift NO₂ als Essen aufweist, muss das beklagte Land Nordrhein-Westfalen ein streckenbezogenes Diesel-Fahrverbot auf der besonders belasteten Kurt-Schumacher-Straße festlegen. Dieses muss zum 1. Juli 2019 für alle Dieselfahrzeuge unterhalb der Abgasnorm Euro 6 und alle Benziner unterhalb der Abgasnorm Euro 3 in Kraft treten.

Das Gericht betonte, dass ein Großteil der vom Land NRW bisher in den Luftreinhalteplänen angeführten Maßnahmen „keine schnelle Wirkung“ verspricht. Die schnellstmögliche Grenzwertehaltung noch vor 2020, wie es das Bundesverwaltungsgericht gefordert hat, ist somit nicht möglich. Daher kann auf Diesel-Fahrverbote nicht mehr verzichtet werden. Der lange Zeitraum, in dem der Grenzwert überschritten wird, zwingt zu einer besonders effizienten Maßnahmenplanung ...

Hintergrund: Die DUH hatte beide Klagen im November 2015 gegen das Land Nordrhein-Westfalen eingereicht. Ziel ist die Einhaltung des seit 2010 verbindlich geltenden EU-Grenzwerts von <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemittelung/deutsche-umwelthilfe-erwirkt-erstes-autobahn-diesel-fahrverbot-auf-der-a40-im-ruhrgebiet-sowie-diese/>

Städtetag warnt vor „Flickenteppich von Fahrverbots“ in den Städten

Berlin. Der Deutsche Städtetag warnt vor einem „Flickenteppich von Fahrverbots“ in den Städten. Nach dem Urteil zur Luftreinhaltung in Essen und Gelsenkirchen sagte der Hauptgeschäftsführer des kommunalen Spitzenverbandes,

40 µg NO₂/m³ im Jahresmittel.

2017 ermittelten in Essen fünf offizielle Messstationen NO₂-Werte oberhalb des erlaubten Jahresmittelgrenzwerts von 40 µg/m³. Der höchste Wert mit 49 µg/m³ wurde an der Messstation Frohnhausen an einem dreigeschossigen Wohnhaus nahe der Bundesautobahn A 40 gemessen. Auch in Gelsenkirchen weist eine offizielle Messstation einen Wert oberhalb des NO₂-Grenzwerts auf: An der Messstation Kurt-Schumacher-Straße überschreitet der gemessene Wert mit 46 µg NO₂/cbm die gesetzlichen Vorgaben deutlich. Dass diese Zahl für Gelsenkirchen kein Einzelfall ist, belegen Messungen der DUH aus diesem Jahr. In der Florastraße wurde mit 44 µg NO₂/cbm ebenfalls ein nach europäischem Recht gesetzeswidriger Wert gemessen. NO₂ ist gesundheitsschädigend. Die Europäische Umweltagentur EEA hat im Oktober 2018 die gesundheitlichen Folgen der NO₂-Verschmutzung mit jährlich 13.100 vorzeitigen Todesfällen allein in Deutschland beziffert. Diesel-Fahrverbote sind zur kurzfristigen Einhaltung des NO₂-Grenzwertes die einzige Option und laut Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 27. Februar 2018 rechtmäßig und notwendig.

Schmutzige Diesel-Pkw tragen wesentlich zu mehr als 800 000 jährlichen Neuerkrankungen an Diabetes und Asthma bei, verursacht durch die anhaltende Belastung der Atemluft mit dem Dieselgas NO₂. Das Umweltbundesamt hatte mit einer Studie über die Gesundheitsfolgen des Dieselabgasgutes NO₂ verdeutlicht, dass bereits bei Konzentrationen deutlich unterhalb des Grenzwertes mit 437 000 Neuerkrankungen an Diabetes Mellitus und 439 000 Asthmaerkrankungen zu rechnen ist.

Derzeit führt die DUH Klageverfahren für „Saubere Luft“ in 30 Städten. Klagen in Bielefeld, Hagen, Oberhausen und Wuppertal wird die DUH im November einreichen. Damit klagt die DUH dann in insgesamt 34 Städten.

Bis Ende 2018 sind noch für zwei Städte Verhandlungen für „Saubere Luft“ terminiert (VG Wiesbaden zu Darmstadt am 21.11. und VG Wiesbaden zu Wiesbaden am 19.12.2018).

Helmut Dedy, dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) jetzt könnten nur noch flächendeckende Maßnahmen durch die Autoindustrie helfen.

„Immer mehr Gerichtsurteile zur Luftreinhaltung zeigen: So kann es nicht wei-



Fahrverbot für Dieselautos – gut und nicht gut

BERLIN. „Das Urteil ist gut für die Gesundheit der Menschen. Das Urteil ist gleichzeitig nicht gut, weil jetzt die Autofahrer und Autofahrerinnen die Suppe auslöppeln müssen“, erklärt Herbert Behrens, Verkehrsexperte der Fraktion Die Linke, mit Blick auf die aktuelle Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart zum Fahrverbot für Dieselautos. Behrens weiter: „Diese Suppe wurde auf der Internetseite der Linksfraktion veröffentlicht: <https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/>

de ihnen von der Automobilindustrie, aber auch von der falschen Verkehrs-politik in Baden-Württemberg und im Bund eingebrockt. Die grün-schwarze Landesregierung wäre gut beraten, jetzt nicht das Urteil und den Schutz der Gesundheit anzugreifen, sondern sofort Maßnahmen einzuleiten, damit die Stickoxide (NOx) aus dem Straßen-verkehr verschwinden.“

tergehen“, sagte Dedy. „Einen Flicken-teppich von Fahrverboten gilt es zu vermeiden. Mit jeder Gerichtsentscheidung wächst die Verunsicherung. Die Menschen, die an belasteten Straßen wohnen oder durch die Städte fahren, brauchen Klarheit. Es muss beides gelingen: Wir müssen die Gesundheit der Bevölkerung schützen und dürfen unsere Städte nicht lahmlegen.“

Das gehe nur, wenn die Autoindustrie endlich rasch hande und den Stickoxid-Ausstoß von Euro 4- und Euro 5-Dieseln durch Hardware-Nachrüstung und Umtauschprämien deutlich reduziere – und zwar bundesweit.

Spätestens nach dem aktuellen Urteil müsse jedem klar sein: „Punktuelle Lösungen sind absurd, sie bleiben Stückwerk. Wenn jetzt ein großes Stadtgebiet von Essen und Teile einer Autobahn mit Fahrverboten belegt werden, helfen Maßnahmen durch die Autohersteller nur noch, indem sie flächendeckend angeboten werden.“

Schluss mit dem „Klein-Klein“ – Das „Klein-Klein“ der bisherigen Maßnahmen von Bund und Ländern reiche nicht, so Dedy weiter. Erforderlich sei ein Gesamtkonzept für nachhaltige Mobilität. „Wir brauchen einen breiteren Ansatz, für einen stärkeren Umweltverbund aus ÖPNV, Rad- und auch Fußgängerverkehr. Diesen Weg gehen die Städte bereits.“ Bund und Länder müssten ihn stärker unterstützen.

Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hatte eine Verbotszone für Essen angeordnet, in die es ausdrücklich auch die A40 im Stadtgebiet einbezogen hat. Dort dürfen ab 1. Juli 2019 nur noch Diesel-fahrzeuge der Schadstoffklasse 5 oder höher, vom 1. September an dann nur noch Fahrzeuge der Klasse 6 fahren. Für Gelsenkirchen ordnete das Gericht ebenfalls ein Fahrverbot für ältere Diesel an. Betroffen ist dort eine Hauptverkehrsstraße, die ab Juli 2019 für Diesel-Autos unterhalb der Norm Euro-6 gesperrt wird.

<http://www.staedtetag.de/presse/statements/086942/index.html>

Ingrid Remmers, MdB, Die Linke : Haushalt der betrogenen Dieselfahrer ist in einer katastrophalen Schieflage!

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Ich möchte heute verdeutlichen, welche Auswirkungen die katastrophalen Ver-säumnisse der Bundesregierung auf die Haushalte der betrogenen Dieselfahrer im Revier und in der ganzen Republik haben.

Wir alle haben von den Gerichtsurteilen in meinem Wahlkreis Gelsenkirchen ge-hört. Im Ruhrgebiet droht das bislang großflächigste aller Dieselfahrerverbote. 18 Stadtteile in Essen sowie Abschnitte der A 40 sind hiervon betroffen. Was bedeutet es für die Haushalte der Dieselfahrer, dass ihre Fahrzeuge inzwischen auch noch den letzten Rest ihres Wertes verloren haben? Für weniger einkom-mensstarke Familien wird dies schnell existenzbedrohend. Und was bedeutet das für die Mobilität der Dieselfahrer, die demnächst lange Umwege in Kauf nehmen müssen oder erst gar nicht in die Stadt reinkommen? Oder was bedeutet das für die Handwerker, die sich gerade alle fragen müssen, ob sie wohl in ihrer Kommune künftig eine Ausnahmegeneh-migung für ihre Fahrzeuge erhalten oder nicht? Laut Handwerkskammer NRW sind rund 25 000 Handwerkerfahrzeuge allein in diesen beiden Städten betroffen, die zu Baustellen oder für Anlieferungen in die Innenstädte fahren müssen. Für Hunderttausende Menschen im Ruhrge-biet wird das Leben künftig in jedem Fall teurer – an Geld und an Zeit. Und das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

Statt konkreter Hilfe bekamen die Besitzer von Dieselautos – wir haben es eben schon gehört – kürzlich ein Schreiben des Kraftfahrt-Bundesamtes. Darin wird so getan, als ob die Käuferinnen und Käufer die hohen Abgaswerte selbst zu verant-worten hätten. Als Lösung wird der Kauf eines neuen Autos der Hersteller BMW, Daimler und VW empfohlen.

Alle anderen Hersteller bleiben außen vor. Herr Scheuer, Sie sollten sich des-
www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/fahrverbot-fuer-dieselautos-gut-und-nicht-gut/

sen bewusst sein, dass Sie die Wut der Menschen schüren, wenn Sie auf so eine dreiste Art und Weise die Werbetrommel für die Hersteller röhren und damit auch noch Steuergelder verschwenden.

Bei der Gelegenheit fiel mir eine Frage ein. Bei Dieselfahrzeugen von Handwer-kern und Lieferdiensten will der Bund die Hardware-nachrüstung weitgehend finanzieren. Von dieser Förderung könnten laut Bundesregierung 945 000 Fahr-zeuge profitieren. Wie soll das, habe ich mich gefragt, bei einer im Haushalt vor-geesehenen Fördersumme von 167 Millionen Euro möglich sein? Bei Kosten von 3 000 Euro pro Fahrzeug reichte das für circa 55 000 Fahrzeuge ...

Und wie war das noch mit der Überprü-fung der Einhaltung von Fahrverboten? Von einer lückenlosen Videoüberwachung aller Fahrzeuge und aller Fahrzeughalter hat die CSU im Verkehrsministerium si-cher schon immer geträumt.

Liebe Bundesregierung, lieber Minis-ter Scheuer, nach acht Jahren geltender Grenzwerte und nach drei Jahren Die-selskandal chaotisieren Sie seit einem Jahr die deutsche Verkehrslandschaft. Und noch immer sind wir von einer Lö-sung für den Gesundheitsschutz so weit entfernt wie von einem Gesamtkonzept für eine soziale und ökologische Verkehrs-wende. Und das alles nur, um die Auto-industrie und ihre Milliardengewinne zu schützen.

... Kündigen Sie der Autoindustrie Ihre Freundschaft auf, und sorgen Sie end-lich dafür, dass die wahren Verantwort-lichen für ihren groß angelegten Betrug und für ihre Ignoranz gegenüber den geltenden Umweltgesetzen die Zeche aus ihren exorbitanten Gewinnen zahlen und die Hardware dieser Fahrzeuge endlich nachrüsten.

Dann stimmen nicht nur die Haushalte und die Nerven der Betroffenen wieder, sondern auch der Bundeshaushalt spart erheblich an Umweltkosten.

Auf jeder Ebene der modernen Demokratien kann staatliches Handeln in einer Liste von Ausgaben und Einnahmen abgebildet werden. Die Kontrolle der Haushalte ist das entscheidende Mittel der repräsentativen Demokratie. In der Vielparteiendemokratie, die sich in Bund und Ländern abzeichnet, die in vielen Stadt- und Gemeinderäten aber schon länger besteht, wird es für kleine Parteien interessant, Einzelpunkte herauszuarbeiten. Das Verfahren baut auch aus der Minderheit heraus Druck auf die Mehrheitsbildung auf, besonders, wenn die Anträge mit den Betroffenen abgesprochen wurden, wenn sie wenigstens ungefähr beziffert wurden und, nicht zuletzt, wenn die im Einzelnen oft unscheinbaren Anliegen deutlich in Richtung Verbesserung der Lebensverhältnisse und Chancen der Emanzipation deuten und damit auch in das Bild passen, das sich die Leute von der Linken machen. Wir dokumentieren ausführlich Haushaltsantrag und -begründung aus Essen sowie Nachrichten aus anderen Gemeinden. (maf)

Essen, Haushaltsrede 2018

GABI GIESECKE, STADTRÄTIN DER LINKEN,
ESSEN (GEKÜRZT)

... Haushaltspolitik ist immer mit Entscheidungen verbunden, in welche Richtung sich eine Stadtgesellschaft entwickeln kann und soll. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben Ihren vorliegenden Haushaltsentwurf unter das Motto „Schützen und Dienen“ gestellt. Wir haben den Haushaltsentwurf daraufhin geprüft: wer soll hier geschützt und wem gedient werden? Unser Ergebnis: Gerade besonders Schutzbedürftige und jene, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, werden unzureichend geschützt und ihren Bedürfnissen wird unzureichend „gedient.“

Bevor ich auf einige Beispiele zurückkomme, zunächst zu den Rahmen-

bedingungen des Essener Haushalt. 3,6 Milliarden Euro Gesamtschulden, davon allein 2,2 Milliarden Euro Liquiditätskredite zeigen die weiterhin dramatische Situation auf. Auch wenn die Stadt im Verwaltungshaushalt 2017 einen kleinen Überschuss erwirtschaftet hat und dies auch für 2018 und 2019 zu erwarten ist: Sie vergessen immer wieder, dass man nicht nur die öffentliche Versorgung zusammenstreichen kann, sondern auch eine Erhöhung der städtischen Einnahmen möglich wäre. Mit einer Erhöhung der Gewerbesteuerumlage könnte Essen so rund 32 Millionen Euro mehr einnehmen und seinen „Überschuss“ aus laufender Verwaltungstätigkeit annähernd verdoppeln. Dass kann auch der kleine Mittelständler tragen – und die großen Konzerne wie RWE würden vielleicht

endlich mal ein bisschen zum Haushalt beitragen. Bisher rechnen sie sich ja überwiegend „arm“ und zahlen so gut wie nichts an Gewerbesteuer.

Wir möchten eine maßvolle Kulturförderabgabe einführen, sie soll 5 Prozent auf alle privaten Übernachtungen betragen. Die Einnahmen von rund 1,2 Mio. Euro wollen wir freien Kultureinrichtungen zur Verfügung stellen. Fünf Prozent sind dabei sehr maßvoll, Dortmund zum Beispiel erhebt eine Bettensteuer von 7,5 Prozent.

Weiterer Punkt: Der überfällige Verkauf der Aktien von RWE, denn dieser Energie-Dinosaurier hat durch die Abspaltung von Innogy das Geschäft mit den zukunftsfähigen Energien mal kurzer Hand ausgelagert. Essen trägt mit den maroden RWE-Aktien jetzt die Risiken der „schmutzigen“ Stromerzeugung mit allen ökologischen Folgen ...

Die zentrale Gefahr – dass hat Herr Grabenkamp als Kämmerer zu Recht festgestellt – besteht in steigenden Zinsen. Und hiermit ist in den nächsten Jahren zu rechnen. Die angepeilte „Grabenkampsche“ Entschuldungsstrategie von 100 Mio. plus X kann so nicht funktionieren, genauso wenig wie uns die „Kieve-Kurve“ davor gerettet hat mit dem Eigenkapital unter die Wasserlinie zu kommen.

Folgerichtig mahnt der Kämmerer denn auch eine Lösung des Altschuldenproblems durch die Landes- bzw. Bundesregierung an. Jeder hier im Ratssaal

Änderungen zum Haushaltsentwurf 2019.

1 (-296 000 €) Der Sockelbetrag für die bezirklichen Mittel bleibt unverändert bei 300 000 € für alle Bezirksvertretungen. Darüber hinaus wird pro Einwohner ein Aufschlag von 50 Cent zugewiesen.

2 (-10 Mio. €) Die Gewinnausschüttung der Allbau GmbH wird für die Erstellung von öffentlich gefördertem Wohnraum um 10 Mio. € gesenkt.)

3 (+4,7 Mio. € / - 4,7 Mio. €) Die Differenz der zu erwartenden Einnahmen aus der vollständig weitergeleiteten Integrationspauschale des Landes und den Ausgaben für Integration, die bisher im Haushalt veranschlagt sind, wird vollständig dem Budget des kommunalen Integrationszentrums zugewiesen.

4 (+32 Mio. €) Erhöhung des Gewerbesteuerbesatzes zum 1. Januar 2019 um 40 Prozentpunkte von 480 auf 520 Prozentpunkte gemäß Antrag zu TOP 13.

5 (0 €) Die Verwaltung wird beauftragt, ein Ausstiegsszenario für den Verkauf der RWE-Aktien innerhalb der nächsten drei Jahre zu entwickeln.

6 (0 €) In der Haushaltssatzung wird §

12, Abs. 4 wie folgt geändert: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen aufgrund von Umschichtungen zwischen konsumtiven und investiven Maßnahmen und umgekehrt bis zu einer Höhe von 50 000 €.

7 (+1,2 Mio. € / - 1,2 Mio. €) Die Stadt Essen führt eine Kulturförderabgabe in Höhe von fünf Prozent auf die privaten Übernachtungskosten in Hotels, Pensionen sowie privaten Übernachtungsmöglichkeiten wie airbnb und Ferienwohnungen ein. Diese Abgabe wird von privaten Übernachtungsgästen entrichtet. Die erwarteten Mehreinnahmen von rund 1,2 Mio. € werden für die Förderung der freien Kulturszene eingesetzt.

8 (-50 000 €) Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Erstellung eines Katasters der sog. Problemimmobilien zu entwickeln und das notwendige Personal dafür einzustellen.

9 (0 €) Die Stadt und ihre Tochtergesellschaften nehmen im Interesse einer nachhaltigen Personalwirtschaft keine sachgrundlosen Befristungen mehr vor.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie die Zahl der noch verbleibenden Sachgrundbefristungen bei der Stadt und den städtischen Gesellschaften gesenkt werden kann.

10 (-700 000 €) Der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) wird um vierzehn Stellen für alle sieben ASD-Bezirke aufgestockt.

11 (-50 000 €) Zur Ausweitung der Öffnungszeiten des Hauses der Geschichte werden als Einstieg zwei Vollzeitstellen eingerichtet. Die Kompensation erfolgt durch Reduzierung von zwei Planstellen beim Ordnungsdienst. Für die Erweiterung der Öffnungszeiten des Stadtarchivs wird als Einstieg eine weitere/r Archivar/in eingestellt.

12 (-3,2 Mio. €) Der Arbeitskreis Jugend wird von der Stadt Essen mit 3,2 Mio. € mehr ausgestattet. Der Kooperationsvertrag wird entsprechend angepasst.

13 (-40 000 €) Die Mittel für politische Bildung werden von 10 000 Euro auf 50 000 Euro aufgestockt und für Jugendprojekte zur historischen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit sowie zur Unterstützung von Projekten zur Stärkung der Demokratie an Schulen und von Jugend-

weiß es: Ohne eine massive Hilfe von Bund und Land ist der Haushalt nicht nachhaltig zu sanieren und damit will ich die Fortschritte der letzten Jahre nicht kleinreden. Aber auch das wissen wir hier alle: Die Fortschritte der letzten Jahre sind mit bitteren Folgen erkauft – wir leben von der Substanz und dies bereitet uns aller Orten massive Probleme.

Gute Schulen für alle – Offener Ganztag für alle – Kitas verbessern

Das wir von der Substanz leben, zeigt sich sehr deutlich an unseren Schulen. Auch wenn mit Bundes-, Landes- und eignen Mitteln kräftig saniert und gebaut wird, das Hemd ist immer noch dramatisch zu kurz. Es fehlen Schulen, es fehlen Klassenräume, viele Schülerinnen und Schüler werden in den kommenden Jahren in Containern unterrichtet werden müssen.

Gerade den Schülerinnen und Schülern aus den bildungsferneren Schichten wird mit dem Stadthaushalt immer noch zu wenig gedient, sie werden unzureichend davor geschützt, in maroden Klassenräumen lernen zu müssen, auf Schultoiletten zu gehen, die zum Himmel stinken und deren Lehrpersonal ausgeweitet ist, die aber immer noch engagiert arbeiten. Lehrpersonal ist Landessache, aber unterstützend kann die Stadt tätig werden. Wir wollen daher als Einstieg die Einrichtung von 35 Stellen für lehrerunterstützendem Personal aus den Bereichen Sozialarbeit, Schulpsychologie und von Menschen, die im Unterricht helfen.

Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit, dass die Gymnasien vorrangig mit WLAN ausgestattet werden – sind Haupt-, Real- und Gesamtschülerinnen weniger wert? Und ob im Unterricht Smartboards eingesetzt werden, darf nicht vom Geldbeutel der Elternschaft abhängig sein. 100 Smartboards, die wir im Haushalt einstellen und nach einem Sozialindex verteilen wollen, können nur ein Anfang sein.

Bildungsstudien belegen immer wieder: In keinem Land der EU hängt der Bildungserfolg so stark vom Elternhaus ab wie bei uns, ist die Spaltung zwischen oben und unten so zementiert. Diesen Kreislauf gilt es zu durchbrechen. Die CDU/FDP-Landesregierung unternimmt mit ihren „Talentschulen“ die falschen Anstrengungen, dagegen zuhalten.

Gute Kitas, die ein ausreichendes Ganztagsangebot zur Verfügung stellen, könnten zur Chancengleichheit beitragen. Hier mangelt es aber bereits überhaupt an ausreichenden Kita-Plätzen. Ebenso wie an einem ausreichenden Angebot im Offenen Ganztag bis es endlich gute Schulen mit rhythmisiertem Ganztagsunterricht gibt.

Bildungsarbeit ausbauen – Demokratie stärken

Kommunale Bildungsarbeit wird von vielen Akteuren geleistet, von der Stadtbibliothek und ihren Ablegern in den Stadtteilen über die VHS bis hin zu den Museen, Geschichtskreisen und vielen mehr. Sie alle tragen dazu bei, das de-

mokratische Bewusstsein zu stärken, sie tragen zu einem friedlichen Miteinander bei. Angesichts des Erstarkens von Rechtspopulisten auch in Essen wollen wir gezielt einige Bereiche mehr fördern. Dazu gehört der AK Jugend mit seinen Verbänden, deren Eigenanteil bei Förderungen inzwischen auf 45 Prozent gestiegen ist. Mit den von uns beantragten 3,2 Mio. Euro wären sie endlich wieder bei dem vereinbarten Mindesteigenanteil von 10 % und könnten mehr machen. Außerdem wollen wir die Mittel für politische Bildung, insbesondere zu Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und für Projekte zur Stärkung der Demokratie von 10 000 auf 50 000 Euro aufstocken – eigentlich immer noch zu wenig. Wer bei der Gedenkfeier zur Reichspogromnacht in der Alten Synagoge die eindrücklichen Schilderungen junger Menschen, die Auschwitz besucht haben, gehört hat, weiß über den Wert dieser Bildung ... Das friedliche Zusammenleben des bunten Essens findet u.a. im Arche Noah-Projekt einen sinnfälligen Ausdruck. Es ist deshalb wichtig, die weggebrochene Förderung durch die Mercator-Stiftung zu kompensieren, 80 000 Euro für das Projekt sind zu stemmen.

Verkehr nachhaltig entwickeln

Von einem nachhaltigen Verkehr sind wir meilenweit entfernt. Selbst angesichts der riesigen Gerichtsklatsche, Stichwort Dieselfahrverbot, zeichnet sich bei den Autofahrer-Lobbyisten kein Umdenken

organisationen eingesetzt.

14 (-80 000 €) Die Arche Noah bekommt eine jährliche Zuwendung in Höhe von 80 000 €.

15 (-1,75 Mio. €) Zur Unterstützung von Lehrern werden multiprofessionelle Teams aus Schulsozialarbeitern, Schulpsychologen, Erziehern und Sprachbegleitern gebildet. Diese Teams werden in den Schulen anhand eines Sozialindexes (Anteil Sozialleistungsbezieher) eingesetzt. Als Einstieg werden 35 Planstellen eingerichtet.

16 (-500 000 €) Als Einstieg in eine umfassende Ausstattung der Schulen werden 100 interaktive Smartboards angeschafft und an Schulen anhand eines Sozialindexes (Anteil Sozialleistungsbezieher) eingesetzt.

17 (-300 000 €) Die Stadt Essen unterstützt die Essener Arbeits-Beschäftigungsgesellschaft mbH (EABG) und andere Beschäftigungsträger zur Kofinanzierung des Teilhabechancengesetzes und weiterer Beschäftigungsprogramme für langzeitarbeitslose Menschen.

18 (-3,9 Mio. €) Die finanziellen Mittel für Grün und Gruga werden um 3,9 Mio.

€ aufgestockt.

19 (-1 Mio. €) Die finanziellen Mittel für die Sport- und Bäderbetriebe werden um 1 Mio. € aufgestockt.

20 (-200 000 €) Die Verwaltung wird beauftragt, eine Fortschreibung der Klimaanalyse von 2002 erstellen zu lassen.

21 (-470 000 €) Für die Reinigung und den Winterdienst auf Radwegen werden 470 000 € in den städtischen Haushalt ein gestellt, bzw. den Entsorgungsbetrieben Essen zur Verfügung gestellt.

22 (-760 000 €) Das Budget für den Bau von mehr Radwegen wird auf 1,26 Mio. € erhöht.

23 (-1 Mio. €) Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Errichtung eigener Busspuren an den Essener Hauptverkehrsstraßen zu entwickeln und in 2019 mit der Einrichtung zu beginnen.

24 (-80 000 €) Am Wochenende des Großevents „Essen.Original“ können Bus und Bahn kostenlos genutzt werden.

25 (-200 000 €) Die Verwaltung wird beauftragt, ein integriertes Verkehrskonzept zu erstellen.

26 (-50 000 €) Die Verwaltung wird

beauftragt, einen Leerstandskataster mit einer Übersicht des leerstehenden Wohnraums zu erstellen und richtet dafür eine Planstelle ein.

27 (-100 000 €) Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum zu erstellen. Dazu gehören die Aufstellung von Erhaltungssatzungen zum Milieuschutz sowie die Anwendung der Zweckentfremdungssatzung zur Sicherung von Wohnraum. Zur Umsetzung dieser Aufgabe werden zwei Planstellen eingerichtet.

Gesamtergebnis (+7,27 Mio. €).

Die Mehrkosten der Haushaltsvorschläge der linken Fraktion Essen werden durch die geforderte Erhöhung der Gewerbesteuer mehr als kompensiert und würden ein ein Haushaltspuls von 7,27 Mio. Euro bedeuten.

Quelle: <https://www.linksfraktion-essen.de/politik-im-rat/detail-anträge/news/top-12-beratung-der-aenderungsanträge-zum-haushaltspuls-und-seinen-anlagen-für-das-haushaltsjahr/>

ab. Die CDU verhindert wirksame Maßnahmen zur Eindämmung des Autoverkehrs und die SPD läuft in Essen immer brav hinterher. Als Lead City haben wir gemessen an unsrer Bevölkerung läppische 21 Mio. Euro erhalten, weil die anderen Städte bessere Konzepte vorgelegt haben. Und die 21 Mio. Euro werden nicht mal sinnvoll eingesetzt: Eigene Fahrspuren für Bus und Bahnen zur Beschleunigung des Nahverkehrs – preisgünstig zu haben, verhindert die Betonfaktion der Groko. Fahrradfahrende verlieren die Lust aufs Radeln, wenn Fahrradstreifen an Hauptverkehrsstraßen lebensgefährlich sind oder gar einfach mal im Nichts verlaufen. Sicher hat die Stadt, hat dieser Rat sich im Grünen Hauptstadtjahr hehre Ziele gesetzt: alle Verkehrsarten sollen einen Anteil von 25 Prozent haben ... Was den Fahrradverkehr angeht, muss er endlich dem Autoverkehr gleichgestellt werden. Für den Ausbau von Fahrradwegen müssen als Einstieg 10 Prozent der Gelder eingestellt werden, die die Stadt für Straßenbau zur Verfügung stellt. Es muss einen Winterdienst für Fahrradwege geben ... Was Essen fehlt, ist ein integriertes Verkehrskonzept, das alle Verkehrsarten berücksichtigt, um die unterschiedlichen Maßnahmen zukunftssicher aufeinander abzustimmen. Vielleicht könnte die Debatte auf der Grundlage eines zukunftsfähigen Verkehrskonzeptes ja auch einige der Autodinosaurier in die Gedankenwelt des 21. Jahrhundert holen.

Lebenswerte Stadtteile – Wohnen, Grün, Sport

... Ebenso brauchen die Bezirksvertretungen mehr Mittel, sie sind es doch, die am besten wissen, was vor Ort gebraucht wird, um die Stadtteile nach vorne zu bringen. Wir wollen die BVs aufwerten und ihre Mittel mit zusätzlich 0,50 Euro pro Einwohner aufstocken, um der ungleichen Bevölkerungszahl Rechnung zu tragen...

Das Flächenforum Mitte November hat gezeigt: Die Bürgerinnen und Bürger haben ein gutes Gespür für die Realitäten. Wohnungen in Essen werden gebraucht, ob es nun 9000 sind, wie manche Experten meinen, oder 16 000 bis 18 000, wie die Verwaltung meint, es sind zu wenig. Für die kleinen Leute ist wichtig: Die Wohnung muss bezahlbar sein, dieses war auch den Teilnehmenden beim Bürgerforum wichtig. Die Menschen dieser Stadt sind einen Schritt weiter als der Stadtrat, eine Quote für Sozialwohnungen wurde ebenso gefordert wie der Schutz der Frei- und Grünflächen. Das neue Format zur Bürgerbeteiligung begrüßen wir aus-

drücklich. Die Auswertung wird zeigen, wo Nachsteuerungen nötig sind. Wir wünschen uns eine umfassende Bürgerbeteiligung auch bei anderen zentralen Fragen.

Unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft Allbau ist nicht die Melkkuh des Kämmers, sondern soll denjenigen dienen, die bezahlbaren und guten Wohnraum brauchen. Gerade die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten haben es immer schwerer eine bezahlbare Wohnung zu bekommen. Wir wollen der Allbau 10 Mio. Euro mehr in diesem Jahr belassen, weil sie nach ihrer Auskunft in der Lage ist, mit diesem Betrag tatsächlich in 2019 mehr als die bisher geplanten Sozialwohnungen zu bauen.

Sozialer Arbeitsmarkt

Der Strukturwandel in Essen ist nicht wirklich gelungen, abzulesen z.B. an der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit, viel mehr Menschen als anderswo haben ohne sozialen Arbeitsmarkt keine Chancen. Es ist erfreulich, dass hier endlich auf Bundes- und Landesebene einiges in Bewegung geraten ist – bei aller Kritik im Detail der Programme.

Damit aber insbesondere unsere städtischen Töchter – allen voran die EABG und die Jugendberufshilfe – die Programme auch stemmen können, brauchen sie unsere finanzielle Unterstützung als Ergänzung. Wir wollen deshalb 300 000 Euro bereitstellen, z.B. für Sachmittel und ergänzende Personalkosten.

Gute Verwaltung braucht gutes und ausreichendes Personal

Die Beschäftigten der Kernverwaltung machen einen guten Job, dafür unser herzlicher Dank. Aber: Durch den Stellenabbau der letzten Jahre – Stichwort 1000-Stellen-Beschluss der Vierer-Koalition aus CDU, Grünen, FDP und EBB – reicht das Personal schon lange nicht mehr. Wir wollen deshalb mehr Personal einsetzen. Nicht nur die Bau- und Planungsverwaltung kann ihre Pflichtaufgaben nur unzureichend erfüllen. Gutes Personal ist allerdings schwer zu bekommen, – Herr Kromberg als Personaldezernent kann ein Lied davon singen – gute Arbeitsbedingungen sind da ein Wettbewerbsvorteil. Wir möchten, dass der Rat heute das Versprechen von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, mit der unsäglichen Praxis der sachgrundlosen Befristungen aufzuräumen, per Beschluss unterstützt. Sowohl für die Kernverwaltung wie auch für die städtischen Töchter.

Zuwanderung macht Essen zukunftsfähig – Chancen ergreifen

Die Zuwanderung ist eine große Chance für Essen. Schon geschichtlich betrachtet ist das Ruhrgebiet, ist Essen nur durch Zuwanderung großgeworden. Zuwanderung bringt Veränderung und nur durch Veränderung entsteht Neues, entsteht Wachstum. Es gibt ein chinesisches Sprichwort, dass die Sache auf den Punkt bringt: „Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen“. Wir in Essen sollten Windmühlen bauen ... Es ist sehr gut, dass die Integrationspauschale des Bundes jetzt vollständig vom Land weitergeleitet wird. Das erweitert die Handlungsspielräume vor Ort. Die Integrationskonferenzen in den Stadtbezirken sind ein gutes Mittel, um die Integration voranzubringen. Und ein Dank an die vielen Menschen, die sich weiter ehrenamtlich einbringen. Alles was wir zur Integration unternehmen, verbessert auch die Lebensverhältnisse der Menschen insgesamt. Ob es die Förderung von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte ist, ob es die Verbesserung der Wohnsituation ist oder die Integration in den Arbeitsmarkt.

Dagegen führen rechtspopulistische Hetze und Diskriminierung zu Konflikten und sozialen Verwerfungen, die eine Abwärtsspirale in Gang setzen. Ein plastisches Beispiel, welche Folgen eine Jahrzehntelange Desintegration hat, ist die große Gruppe der bei uns lebenden Menschen aus dem Libanon. Ja, viele von ihnen haben keine gute Schulausbildung, keine guten Berufsabschlüsse, manche mögen auch kriminell sein. Aber sie jetzt pauschal als „kriminelle Familienclans“ unter Generalverdacht zu stellen, einen Ratskollegen, der libanesische Wurzeln hat, öffentlich zu diskreditieren und an den Pranger zu stellen, stört nachhaltig das friedliche Zusammenleben in Essen und ist Wasser auf die Mühlen von AfD und Co. Die guten Ansätze der Hilfen zur Integration, die in den letzten Jahren unternommen wurden, müssen unbedingt ausgebaut und verstärkt werden. Einer Zerlegung durch Rechtsaußen werden wir entgegentreten.

... mit unseren Ausführungen wollen wir deutlich machen: „Schützen und dienen“ ist ein defensives Motto. Für uns stellt es sich als soziale Frage: Wen schützen und wem dienen. Deshalb müssen Veränderungen am Haushaltsentwurf vorgenommen werden, die diejenigen in den Mittelpunkt stellen, die Schutz- und Dienstleistungen besonders brauchen. Bitte folgen Sie aus diesen Gründen unseren Anträgen und lassen Sie uns die Lebensverhältnisse in Essen für alle verbessern.

<https://www.linksfraktion-essen.de/nc/suche/detail/news/haushaltsrede-2018/>

Aus der Grundsatzrede zum Haushalt 2019: STUTTGART. 2018 erlebte Europa einen der heißesten Sommer seit der Temperaturaufzeichnung. Dürre ließ im griechischen Attika, in Portugal und Brandenburg ganze Regionen in Flammen aufgehen. Der menschgemachte Klimawandel ist kein abstraktes Phänomen, sondern eine reale und existenzielle Gefahr. Wissen Sie, wie oft das Wort „Klimaschutz“ im Haushaltspflichtentwurf für das Jahr 2019 auftaucht? Kein einziges Mal. Der Auftaktprozess für das Regionale Energie- und Klimaschutzkonzept REKLIS ist in Folge allgemeinen Desinteresses völlig zum Erliegen gekommen. Wir fordern erneut, regionale Leuchtturmprojekte für den Klimaschutz und ressourcenleichte Lebensstile zu etablieren. Beginnend mit einer Allianz für Klimaschutz, einer regionalen Mobilitätsoffensive für den Fahrradverkehr, die Koordination der gemarkungsübergreifenden Radschnellwege, der Entwicklung eines Wärmealas für die Region als Planungsinstrument für die regenerative Wärmewende, über ein virtuelles Kraftwerk für unsere Region, das erneuerbare Energieerzeugungsanlagen und Speichertechnologien in ein grundlastfähigen Schwarmverbund zusammenführt, bis hin zu einer regionalen Strategie für stationäres vehicle-Sharing unter dem Dach von polygo. Zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen gehört auch die Verteidigung unserer wertvollen Böden vor weiterer Versiegelung. Für die Fraktion Die Linke ist klar: Planetare Grenzen müssen zwingend absolute Wachstumsgrenzen für unsere Region zur Konsequenz haben. (...)

Die digitale Infrastruktur ist essentieller Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere in einer Hochschul-, Wissenschafts- und Innovationsregion. Die Linke begrüßt, dass die Region eine Breitbandoffensive startet. Die Pläne, die Deutsche Telekom als privilegierten und strategischen Partner einzubinden, halten wir jedoch weiterhin für verfehlt. Der Ausbau des Netzes darf nicht in eine Monopolisierung zugunsten eines Konzerns führen. Daher fordern wir, dass die digitalen Lebensadern diskriminierungsfrei zugänglich sein müssen. (...)

Doch was nützen Verbesserungen bei der S-Bahn aber denjenigen, die aufgrund geringen Einkommens vom ÖPNV ganz ausgeschlossen bleiben? Deren Regelsatz auch nach der VVS-Tarifzonenreform nicht annähernd für ein „Jedermann“-

Monatsticket“ reicht? Wir schlagen erneut vor, das Erfolgsmodell Sozialticket auf die gesamte Region auszudehnen, um einkommensschwachen Menschen den Zugang zur Mobilität und damit zur gesellschaftlichen Teilhabe zu ermöglichen. Zudem stellen wir die 1. Klasse in der S-Bahn in Frage. (...) www.stuttgart.die-linke-bw.de

KARLSRUHER Doppelhaushalt 2019/2020 – Linke Haushaltsanträge (Kurzübersicht). Der Schwerpunkt unserer Anträge liegt auf der Rücknahme unsozialer Sparbeschlüsse, der Verbesserung sozialer kommunaler Leistungen, besonders für Menschen mit geringerem Einkommen, und auf der Schaffung von erschwinglichem Wohnraum. Hier die Anträge im Einzelnen:

- Schuldnerberatungen (städtische und Caritas) – Personal aufstocken um Wartezeiten zu vermeiden
- Karlsruher Pass und Kinderpass – die Bemessungsgrenze für den Erhalt wird 2019 um 10 Prozent, und 2020 um weitere 10 Prozent angehoben
- Das Mittagessen in allen Schulen und Kindertageseinrichtungen in Karlsruhe kostenfrei
- Fächerbad – Wiedereinführung der Jahreskarte Früh für Gesundheitsschwimmer/innen
- Verbraucherberatung – Rücknahme der Streichung der Zuschüsse im Rahmen der Sparbeschlüsse 2017
- Stadtbibliothek – Rücknahme der Gebührenerhöhung im Rahmen der Sparbeschlüsse in 2017
- Karlsruher Pass und Kinderpass – Rücknahme der Leistungskürzungen im Rahmen der Sparbeschlüsse 2017 und Erhöhung der Leistungen bei beiden Pässen um 10 Prozent. Die Stadt erarbeitet ein entsprechendes Umsetzungskonzept
- KVV-Karte 60 plus – diese Karte soll auch als Monatskarte angeboten werden
- Jobticket für städtische Beschäftigte – Rücknahme des Einfrierens des Zuschusses für das Jobticket für städtische Beschäftigte im Rahmen der Sparbeschlüsse in 2017, und Weiterführung des ursprünglich geplanten Ausbaus des Jobtickets
- Beratungsangebot für genossenschaftliche Initiativen und Wohngruppen: Einrichtung einer Projektsstelle beim Stadtplanungsamt für 2 Jahre
- Karlsruher Wohnungsförderungsprogramm – Aufstockung der Fördersumme um 5 Mio Euro pro Jahr
- Karlsruher Pass – für Bezieher/innen des Karlsruher Passes wird das ÖPNV-Ticket kostenfrei • Grundstückskaufprogramm – die für Grundstückskaufkäufe vorhergesehene Summe wird um 10 Mio Euro pro Jahr erhöht – die Stadt

verstärkt damit ihre Grundstücksaufläufe zum Zweck der Schaffung von Wohnraum

- Übernahme des Münster Modells zur Schaffung von Wohnraum – z. B. werden Grundstücke nicht nach dem Höchstgebot verkauft, sondern an die, die sich vorher schriftlich auf eine niedrige Startmiete verpflichtet haben • Mietpreis- und Belegungsbindungen – die Stadt erhält alle auslaufenden Mietpreis- und Belegungsbindungen und schafft darüber hinaus neue.

Interfraktioneller Antrag von SPD-Fraktion, GRÜNE-Fraktion, KULT-Fraktion, FDP-Fraktion, Linke im Gemeinderat: • Als Schritte zur Gebührenfreiheit (bei Kitas) sollen künftige Gebührenerhöhungen sowohl bei städtischen Kindertagesstätten als auch bei Kindertagesstätten freier Träger verhindert werden. Zudem sollen die Gebühren freier Träger schrittweise an das Niveau kommunaler Kitas angeglichen werden. Hierfür sind Ausgleichszahlungen an die freien Träger erforderlich. Die Umsetzung soll in Zusammenarbeit mit der Trägerkonferenz Karlsruher Kindertageseinrichtungen bzw. dem Trägerausschuss erfolgen (dafür sollen 5 Mio Euro pro Jahr aufgewendet werden) <http://die-linke-karlsruhe.de/>

Aus der Rede zum Haushaltplan der Stadt Leipzig: Die wirtschaftliche Lage in unserer Stadt hat sich weiter verbessert, die Zahl der arbeitslosen Menschen hat mit einer Arbeitslosenquote von 6,4 % ein Rekordtief seit der Wende erreicht. Der Arbeitsmarkt gerät erst langsam ins Gleichgewicht. Wir wissen allerdings nicht, wie viele Personen hinter der aufgehellten Situation der besetzten Stellen stehen. Viel zu viele sind auf zwei Stellen angewiesen, um angesichts der unterdurchschnittlichen Leipziger Löhne über die Runden zu kommen. Ein Blick in den statistischen Quartalsbericht genügt. Stichwort Siemens, das drohende Ende von Halberg Guss und das Aus für Karstadt in Leipzig oder die Schließung der LVZ-Druckerei, sind keine guten Vorzeichen für die Zukunft. Immer noch werden in großem Umfang Niedriglöhne gezahlt, so dass Leipzig als eine Stadt mit unterdurchschnittlichem Einkommen pro Einwohner gilt.

Für Die Linke ist die Stabilisierung der klein- und mittelständischen Wirtschaftsstruktur eine existenzielle Notwendigkeit. Die wachsende Stadt bringt auch für unsere kommunalen Unternehmen enorme Herausforderungen mit sich. Bald wollen 40 Prozent mehr Menschen versorgt werden – mit Trinkwasser, Wohnungen, Fernwärme, Verkehrsleistungen, Abwasserklärung

und Müllentsorgung – alles auf beengtem Raum und mit begrenzten Mitteln. Daseinsvorsorge zu sichern, ist das Kerngeschäft der Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (LVV). In dieser Situation ist es existenziell, konstruktive und zukunftsfähige Lösungen zu finden und so effizient wie möglich zu handeln. In den letzten 10 Jahren ist der marktaktive Wohnungsleerstand auf nunmehr 1,5 % abgeschmolzen. Im KdU-Segment erleben wir aktuell, dass 2- und 3-Raum-Wohnungen immer knapper werden. Bei den 1- und 4-Raum-Wohnungen ist das schon der Fall. Das bedeutet: Seit einigen Jahren bekommen vor allem einkommensarme Gruppen, die auf der Suche nach einer neuen Wohnung sind, den Wohnungsmangel massiv zu spüren. Der angespannte Wohnungsmarkt erreicht aktuell die Leipziger Durchschnittsverdiener, wenn sie umziehen müssen. Die meisten Wohnungen, die jetzt neu auf dem Wohnungsmarkt hinzukommen, liegen im oberen Preissegment. Das Preisniveau am Wohnungsmarkt läuft der Leipziger Einkommensentwicklung seit Jahren voraus. Wir warnen vor einem sozialen Sprengstoff, der in einer solch verzerrten Situation steckt. Wer den vorgelegten Haushalt liest, muss schon mit der Lupe suchen, was die Verwaltung beim Thema Wohnen in den nächsten zwei Jahren angehen will. (...)

Die Herausforderungen beim Ausbau der Kitainfrastruktur bleiben riesig. Noch immer kann dem Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz in Leipzig nicht entsprochen werden. Oft müssen Eltern erst zu juristischen Mitteln greifen, um doch an einen begehrten Platz zu kommen. Dabei drohen vor allem die Kinder aus prekären Familien zu verlieren. (...)

Rekordinvestitionen von 553,8 Mio. € stehen für 2019 /2020 auf dem Plan. Das ist gut so, um den Investitionsstau von über 1 Mrd. Euro abzubauen. Im Vergleich zu Dresden hinken wir – wie in den letzten Jahren – deutlich hinterher. Schon im letzten Jahr stiegen die vom Stadtrat beschlossenen, aber bisher nicht umgesetzten Investitionen auf über 300 Mio. € in die Höhe (und bewegen sich in Richtung 400 Mio. €). (...) Unsere Deckungsvorschläge: Unsere Anträge haben ein Volumen von ca. 20 Mio. € in 2019 und ca. 35 Mio. € in 2020. Unsere Deckungsvorschläge haben einen Umfang von ca. 26 Mio. € für 2019 bzw. 41 Mio. € für 2020! Erhöhung Planansatz Gewerbesteuer; Erhöhung Planansatz Gemeindeanteil Einkommensteuer. Ich will an dieser Stelle noch einmal klar die Schwerpunkte für Die Linke in den Haushaltstätigkeiten benennen: 1. Erhöhung der Mittel für Vereine und Verbände (in den Bereichen Jugendhilfe,

Gesundheits- und Sozialamt, Kulturamt, Sport) 2. kostenfreies Mittagessen für Kinder und Jugendliche mit Leipzig-Pass 3. Investitionen St. Georg 4. zusätzliche Mittel für Personal 5. Anträge zum Thema Wohnen 6. mehr Mittel für gemeinsame Baumaßnahmen mit der LVB.
<https://www.linksfraktion-leipzig.de>

Kürzungspolitik der Koalition: Ausdruck von fehlendem Mut und mangelnder sozialer Verantwortung.

FRANKFURT A.M. Keine rosigen Zeiten für die Städtischen Bühnen. Laut Vorgaben des Magistrats sollen in der laufenden Saison 1,2 Millionen Euro eingespart werden. „Die Römer-Koalition reagiert scheinheilig, wenn sie erst jetzt merkt, dass die Kürzungspolitik bei den Städtischen Bühnen nicht durchzuhalten ist“, interpretiert Michael Müller, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Römer, die Auswirkungen der drohenden Einsparungen bei den Städtischen Bühnen. Die Stadt hat eine Sparvorgabe von zwei Prozent bei laufenden Ausgaben in allen Bereichen verordnet. Davon ist nicht nur der Kulturbereich betroffen. „Es war und ist falsch, radikale Kürzungen beim Etat vorzunehmen. Stattdessen muss die Stadt die Einnahmen erhöhen. Zum Beispiel durch eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze. Aber diese Koalition von CDU, SPD und Grünen ist mutlos und viel zu zaghaft in der Haushaltspolitik, wenn es um Steuererhöhungen für Unternehmen geht“, sagt Müller. Müller kritisiert auch, dass die Stadt wenig bei den sozialpolitischen Herausforderungen tut, wenn es um die wachsende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich geht. Müller: „Die Auswirkungen dieses falschen Kürzungswahns werden nicht nur die Beschäftigten der Städtischen Bühnen, sondern auch die Menschen in dieser Stadt rasch merken. Es darf nicht soweit kommen, dass einzelne Bereiche, wie etwa Kultur und Bildung, gegeneinander ausgespielt werden. Wir werden als Linke auch weiterhin fordern, dass der städtische Haushalt über die Einnahmeseite konsolidiert werden muss.“
<http://www.dielinke-im-roemer.de>

Oberbürgermeister soll Sicherheit für Vereine und Verbände schaffen:

ERFURT. „Ursprünglich war geplant, dass der Oberbürgermeister den Stadträten einen Haushaltsentwurf für den Doppelhaushalt 2019/2020 im Oktober 2018 zur Beratung vorlegt. Nun wurden wir informiert, dass es im Oktober 2018 keine Haushaltsberatungen geben wird. Der Haushaltsentwurf sei bisher nicht ausgeglichen, so dass eine Beratung nicht stattfinden könne“, erklärt Karola Stan-

ge, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktion Die Linke im Stadtrat Erfurt. „Wir fordern den Oberbürgermeister auf, zügig einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorzulegen. Zahlreiche Vereine und Verbände, die von der Förderung durch die Stadt Erfurt abhängig sind, brauchen eine Sicherheit, um planen zu können und ihre Leistungen auch ab Januar 2019 anzubieten.“ so Stange. „Sollte sich abzeichnen, dass dies nicht gelingt, werden wir als Linke Fraktion zeitnah einen Antrag in den Stadtrat einbringen, mit dem der Oberbürgermeister im Falle der dann vorläufigen Haushaltsführung verpflichtet wird auch sogenannte freiwillige Leistungen zu erbringen. Es kann nicht sein, dass die Vereine und Verbände, die von den städtischen Haushaltssmitteln abhängig sind, ab Januar 2019 de facto arbeitsunfähig sein sollen und ihre Leistungen nicht mehr erbringen können oder es zu Lohnkürzungen oder ähnlichem kommt. Das wäre ein unhaltbarer Zustand“, fordert Stange.
www.die-linke-erfurt.de

Links-Fraktion fordert Erhöhung der Globalmittel:

BREMEN. Aus einem Interview Mit Peter Erlanson im Weser-Kurier: *Stimmt es, dass die Fraktion der Linken in der Bürgerschaft einen Haushaltsantrag zur wesentlichen Erhöhung der Globalmittel eingereicht hat? Weshalb?* PETER ERLANSON: Die Bedarfe vor Ort sind um ein Vielfaches höher als die bisher zugestandenen Globalmittel. Die Linke will die kleinteilige sozialräumliche Arbeit der Beiräte und Beirätinnen unterstützen und stärken – deshalb haben wir in einem ersten Schritt die Erhöhung der Globalmittel um zehn Prozent gefordert. Aus Sicht der Linken fängt Demokratie in der Nachbarschaft, im Quartier und in den verschiedenen Institutionen des Stadtteils an.

Wie hoch sollte nach Meinung Ihrer Fraktion die Aufstockung ausfallen?

Wir fordern in einem ersten Schritt eine Erhöhung des Bremer Globalmitteltopfes um 102 000 Euro. Im Vergleich zu den gesamten jährlichen Globalmitteln, zum Beispiel die des Beirats Huchting von 56 211,69 Euro (Anträge lagen dort in Höhe von 79 612,20 Euro vor), lässt sich unschwer erkennen, dass eine solche Erhöhung nur symbolischen Charakter hat. Ein Beirätesystem, wie das in Bremen, funktioniert nur dann wirklich, wenn die Beiräte und Beirätinnen vor Ort einen finanziellen Spielraum haben, der es ihnen erlaubt, gestalterisch im Stadtteil einzutreten. Zehn Prozent sind da aber ein Anfang.

Glauben Sie, dass sich das im Haushaltstätigland Bremen finanzieren lässt?

Auf welche Weise?

Der Bremer Haushalt mag auf Kante genäht sein, es bleibt aber immer eine politische Entscheidung, wofür Geld ausgegeben wird. Als Linke sehen wir zurzeit die politische Notwendigkeit, dem Rechtsruck in der Republik inklusive Bremens etwas entgegenzusetzen. Rechtem Populismus kann man am besten mit mehr Demokratie, mit mehr Beteiligung vor Ort begegnen. Wenn Menschen erleben können, dass sie ihren Kiez gestalten können, wenn sie die Möglichkeit haben, Menschen aus anderen Ländern und Kulturen in ihrer Nachbarschaft zu erleben, werden sie oft weniger empfänglich für tumben Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Rassismus beginnt in der Mitte der Gesellschaft, im eigenen Stadtteil.

<https://ep.weser-kurier.de/> <http://www.dielinke-bremen.de>

Solidarische Stadt Bochum: Der Rat der Stadt Bochum möge beschließen:

1. Aktuell übernimmt die Stadt Bochum für 1 000 Geflüchtete weniger Verantwortung, als es der Landesschlüssel für NRW eigentlich vorsieht, weil die zentrale Erstaufnahme von Geflüchteten für NRW in Bochum eingerichtet worden ist. Die Stadt Bochum erklärt sich bereit, mindestens diese 1 000 Plätze für Geflüchtete zur Verfügung zu stellen, die aus Seenot gerettet worden sind. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die zuständigen Stellen auf Landes und Bundesebene über diese Bereitschaft zu informieren.

2. Die Stadt Bochum entwickelt einen Aktionsplan für kommunalen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau und für bezahlbare Mieten, von dem alle Menschen in Bochum profitieren. Es ist das Ziel der Stadt Bochum, dass alle Menschen, die in Bochum leben, in Wohnungen wohnen können.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, alle kommunalen Regelungen abzuschaffen, die dazu beitragen, dass Geflüchteten aus den meisten Herkunftsländern eine Privatwohnungsnahme verunmöglich wird.

4. So lange es städtische Unterkünfte gibt, wird die Stadt alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um die Standards des im April 2015 veröffentlichten Unterbringungs- und Betreuungskonzepts für Geflüchtete einzuhalten. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, welche Standards aktuell nicht vollständig eingehalten werden – und einen Plan, wie und bis wann sie jeweils erfüllt werden können.

<https://www.linksfraktionbochum.de/>

Kreishaushalt: Keine zusätzliche Förderung für Langzeitarbeitslose. Im RHEIN-ERFT-KREIS wird es keinen

öffentlicht geförderten Beschäftigungssektor für Langzeitarbeitslose geben. Ein entsprechender Antrag der Linken, der dies forderte, wurde in der gestrigen Haushaltsberatung im Kreisausschuss abgelehnt. Danach sollten für langjährig Hartz IV-Beziehende rund 200 Arbeitsplätze in kommunalen, sozialen, ökologischen und gemeinnützigen Bereichen geschaffen werden. Stattdessen wurde ein von Seiten der CDU mündlich in der Sitzung eingebrachter Vorschlag, 75 Tausend Euro im Haushalt einzustellen, um neben den gesetzlich vorgesehenen Fördermaßnahmen zusätzliche psychosoziale Betreuungsleistungen für Arbeitslose und deren Angehörige erbringen zu können, angenommen. „Der Kreistag wird seiner sozialen Verantwortung nicht gerecht,“ kritisiert Hans Decruppe, der Fraktionsvorsitzende der Linken im Kreistag die Ablehnung der beantragten Arbeitsfördermaßnahmen. „Während auf Bundesebene über die Überwindung von Hartz IV debattiert wird, bleiben im Kreis CDU und FDP, aber leider auch Grüne und SPD, dem Hartz IV-Denken verhaftet.“ Zunächst hatte es Signale der Jamaika-Koalition an Die Linke im Kreistag Rhein-Erft gegeben, dass man die Richtung und Teile des Antrags für einen öffentlichen geförderten Beschäftigungssektor unterstützen könne. Auch die Agentur für Arbeit in Brühl hatte die Zielsetzung des Antrags der Linken begrüßt. Dies hatte bei der Linken zu einer Debatte geführt, ob man eine positive Haltung zum Kreishaushalt einnehmen könne.

www.die-linke-im-kreistag-rhein-erft.de

Kita-Gebühren für unter Dreijährige abschaffen! Haushaltsantrag der Fraktion Die Linke DÜSSELDORF:

Ab dem Jahr 2019 werden keine Elternbeiträge für die Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder erhoben. Der Haushaltsansatz wird entsprechend angepasst und die Satzung geändert. Begründung: Kindliches Wohlbefinden umfasst nicht allein materielle Bedingungen wie das Einkommen, sondern auch Faktoren wie Zugang zu frühkindlicher Förderung, Bildungschancen, Gesundheit Sicherheit, Beziehungen zu Gleichaltrigen sowie das subjektive Wohlbefinden. Die erreichte Beitragsfreiheit für die über Dreijährigen ist aus Sicht der Linken eine Errungenschaft, welche auch für den U3-Bereich übernommen werden sollte. Kostenfreie Bildung für alle von der Kita bis zur Hochschule halten wir für eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit. Eine Ausweitung der Beitragsfreiheit auf Kinder unter drei Jahren in Kitas ist daher erforderlich.

www.linksfraktion-duesseldorf.de

Internationale Konzerne sollen Menschenrechte einhalten

EU-Parlament unterstützt UN-Menschenrechtsrat

THORSTEN JANNOFF, GELSENKIRCHEN (MIT FREUNDLICHER UNTERSTÜTZUNG VON BERND SCHNEIDER, PARLAMENTARISCHER ASSISTENT VON HELMUT SCHOLZ)

Auf Initiative der linken Fraktion (GUE/NGL) hat das EU-Parlament im Oktober eine Resolution verabschiedet, die einen neuen UNO-Vertrag befürwortet, der Unternehmen rechtsverbindlich zur Einhaltung von Menschenrechten verpflichten soll. Mit dieser Resolution, die eine Vielzahl von Absichtserklärungen enthält, werden die Anstrengungen des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen unterstützt. Dieser erarbeitet aktuell auf Initiative von Ecuador und Südafrika einen Vertragsvorschlag für die Einhaltung von Menschenrechten durch internationale Konzerne. Da Europa Sitz vieler Konzerne ist, gibt es Widerstände dagegen. Der Beschluss des EP stärkt den verhandlungswilligen Kräften den Rücken und drängt darauf, dass die Vertreterin der EU für Außenpolitik, Federica Mogherini, vom Europäischen Rat ein Verhandlungsmandat bekommt. Bisher bezieht der Europäische Auswärtige Dienst in Genf nur als Beobachter Stellung zu den Vorverhandlungen. In der diesjährigen Sitzung der zuständigen Arbeitsgruppe des UN-Menschenrechtsrates im Oktober, forderte die europäische Seite leider trotzdem, das ganze Projekt für einen erneuten Beschluss in den Menschenrechtsrat zurückzuverweisen. Als das nicht angenommen wurde, verweigerte sich die EU-Vertretung der Unterzeichnung des Abschlussdokuments. Wir dokumentieren im Folgenden aus der EU-Resolution sowie aus einer Pressemitteilung von Helmut Scholz, MdEP Die Linke.

Beitrag der EU zu einem verbindlichen Instrument der Vereinten Nationen betreffend transnationale Wirtschaftsunternehmen im Zusammenhang mit Menschenrechtsfragen

.... C) in der Erwägung, dass es die Umsetzung der Agenda 2030 erfordert, dass wirtschaftliche Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit, verantwortungsvoller Regierungsführung, der Achtung der Menschenrechte, einschließlich der



Pflicht zur Einhaltung von Menschenrechten verbindlich machen

Brüssel. 2.10.2018. „Wir können nicht länger Geschäftsmodelle akzeptieren, die Menschenrechte und Umweltschutz ignorieren,“ unterstrich Helmut Scholz, handelspolitischer Sprecher der Delegation Die Linke. im Europäischen Parlament, am Dienstagnachmittag in der Plenardebattie zum sogenannten Binding Treaty der Vereinten Nationen. Die Debatte mit anschließender Resolutionsempfehlung zu einem solchen Abkommen, das transnationale Wirtschaftsunternehmen für Nachhaltigkeit und die Einhaltung der Menschenrechte in die Pflicht nimmt, hatte die EP-Linksfraktion GUE/NGL beantragt. Scholz verwies darauf, dass die UN ein Anwachsen von einschüchternder

Gewalt und Morden an Menschen, die gegen Verstöße von Firmen vor Ort protestieren, feststellen. „Es schadet auch uns, wenn Unternehmen ihre Produktion in Länder mit schwacher Justiz verlagern, um dort durch skandalöse Ausbeutung und Einsparung von Kosten für den Umweltschutz den Profit erhöhen zu können. Und es schadet nicht nur unserem Ruf, wenn ausgerechnet die Europäer in Genf den Schutz der Menschenrechte blockieren“, so Helmut Scholz weiter.

Im Juli hatte die vom UNO-Menschenrechtsrat eingerichtete unbefristete Regierungs-Arbeitsgruppe (OEIGWG) einen ersten Entwurf für den Binding

www.dielinke-europa.eu/de/article/11993.pflicht-zur-einhaltung-von-menschenrechten-verbindlich-machen.html

Treaty vorgelegt, der auf der Tagung der OEIGWG Mitte Oktober in Genf diskutiert werden soll.

„Ich fordere die Mitgliedstaaten im UNO-Menschenrechtsrat, die EU-Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außenpolitik auf, sich bei den Verhandlungen in Genf aktiv einzubringen, diesen wichtigen Vertrag fertig zu verhandeln und verbindlich zu machen. Konzerne müssen haftbar gemacht werden können, wenn sie Verstöße gegen die Menschenrechte begehen. Dabei dürfen wir auch keine Schlupflöcher für Subunternehmen und Zulieferer zulassen. Verantwortliches Handeln muss entlang der gesamten Produktionskette zur Pflicht werden“, betont der Linke-Politiker.

sozialen Rechte und des Rechts auf Menschenwürde und der Freiheit aller, sowie mit hohen Arbeits- und Umweltnormen Hand in Hand geht; in der Erwägung, dass sich nachhaltige Entwicklung, Handel und Menschenrechte gegenseitig beeinflussen und verstärken können

J) ... in der Erwägung, dass diese Wirtschaftsunternehmen sowie nationale Unternehmen bisweilen Menschenrechtsverletzungen oder -verstöße verursachen oder dazu beitragen können und die Rechte schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen wie Minderheiten, indigene Völker, Frauen und Kinder beeinträchtigen oder zu Umweltproblemen beitragen können; in der Erwägung, dass sie auch eine wichtige Rolle spielen können, wenn es darum geht, positive Anreize zur Förderung der Menschenrechte, der Demokratie, von Umweltnormen und der sozialen Verantwortung der Unternehmen zu schaffen;

K) in der Erwägung, dass es eine Asymmetrie zwischen den Rechten und Pflichten transnationaler Unternehmen gibt, insbesondere bei Investitionsschutzabkommen, bei denen Investoren umfassende Rechte gewährt werden, etwa eine „faire und gerechte Behandlung“, ohne dass mit diesen Rechten zwangsläufig verbindliche und durchsetzbare Verpflichtungen einhergehen, was die Einhaltung der Menschenrechte und des Arbeits- und Umweltrechts entlang der gesamten Lieferkette betrifft ...

T) in der Erwägung, dass in den Vereinten Nationen derzeit ein System der Haftung von Unternehmen bei Menschenrechtsverstößen ausgehandelt wird, und zwar innerhalb der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2014 eingerichteten offenen zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen zu transnationalen Unternehmen

und sonstigen Wirtschaftsunternehmen hinsichtlich der Menschenrechte ...

1. weist darauf hin, dass durch die Globalisierung und die zunehmende Internationalisierung von Geschäftstätigkeiten und Lieferketten den Unternehmen bei der Wahrung der Menschenrechte eine noch wichtigere Rolle zukommt und dadurch bereits eine Situation entstanden ist, in der internationale Normen und Regeln sowie die internationale Zusammenarbeit von grundlegender Bedeutung sind, um Menschenrechtsverstöße in Drittstaaten zu verhindern ...

12. betont, dass mit einem Ansatz, bei dem die soziale Verantwortung der Unternehmen auf freiwilliger Basis wahrgenommen wird, die Gefahr einhergeht, dass die Voraussetzungen für unaufrechten Wettbewerb gegenüber denjenigen Unternehmen geschaffen werden, die entschieden haben, sich an die internationalen Normen zu halten; ...

14. betont, dass der verbindliche Vertrag auf dem in den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und

www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0382+0+DOC+XML+VO//DE

Menschenrechte vorgegebenen Rahmen beruhen und Folgendes umfassen sollte: die Festlegung verbindlicher Sorgfaltspflichten für transnationale und sonstige Wirtschaftsunternehmen, auch was deren Tochterunternehmen anbelangt, die Anerkennung der extraterritorialen Menschenrechtsverpflichtungen von Staaten, die Anerkennung der strafrechtlichen Haftung von Unternehmen, Mechanismen für die Koordinierung und die Zusammenarbeit zwischen Staaten zur Untersuchung, strafrechtlichen Verfolgung und Durchsetzung grenzüberschreitender Fälle und die Einführung internationaler gerichtlicher und außergerichtlicher Mechanismen für die Überwachung und Durchsetzung; ...

19. bekräftigt..., welch überragende Bedeutung es hat, dass die EU konstruktiv dazu beiträgt, einen verbindlichen Vertrag zu erzielen, in dessen Rahmen die Frage der Haftung von Unternehmen bei Menschenrechtsverletzungen und die damit verbundenen Herausforderungen wirksam thematisiert werden; ...

Bangladesch: Projekt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Lederindustrie

von ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Die OSHE-Stiftung in Bangladesch hat ein Projekt „Förderung menschenwürdiger Arbeit in der Lederindustrie“ gestartet, das die Durchsetzung von besserer Arbeitsbedingungen in den Lieferketten der Lederindustrie in Bangladesch zum Ziel hat. Das Projekt mit einer Laufzeit von knapp drei Jahren wurde am 3. Oktober gestartet mit einem Stakeholder-treffen in Dhaka offiziell begonnen. Die OSHE Stiftung für Arbeitssicherheit, Gesundheit und Umwelt in Bangladesch (OSHE – berufliche Sicherheit, Gesund-

heit und Umwelt) wurde im Dezember 2003 auf Initiative von Gewerkschaf-tern gegründet und beschäftigt sich mit Fragen wie Beschäftigungsbedingungen, Einkommen, Arbeitsschutz der Beschäftigten und Umweltfragen.

Das Projekt wird von der Schweizer Sektion der Organisation Solidar* finanziert. In das Projekt eingebunden sind nationale Gewerkschaften, Aktivisten für Arbeitnehmerrechte, das Ministerium für Beamte, Arbeit und Beschäftigung und Vertreter der Arbeitsaufsicht.

Die Lederbranche in Bangladesch be-

beschäftigt derzeit rund 200 000 Mitarbeiter und dürfte weiter wachsen. Die Regierung versucht, ihre Exportabhängigkeit von Kleidung und Textilien zu reduzieren. Vor fünfzehn Jahren beschloss das Regime, die Gerbereien aus dem Stadtteil Hazaribagh in Dhaka nach Savar zu verlegen, 25 Kilometer weiter nördlich. Einer der Hintergründe dieser Maßnahme: die starke Umweltverschmutzung durch Gerbereien, insbesondere des Flusses Buriganga.

Versübt wurde die Verlagerung für die Unternehmen auch durch diverse Aspekte wie billiges Land und Infrastruktur (Straßen, Abwasserkanäle), aber auch mit Versprechen an die Beschäftigten, die allerdings nicht eingehalten wurden. Am neuen Standort fehlen heute Wohnungen, Geschäfte, Schulen, Gesundheitseinrichtungen und öffentliche Verkehrsmittel. Auch bezüglich der Umweltprobleme kann eher von einer Verlagerung als von einer Lösung gesprochen werden.

Der Umzug hat zu einer teilweisen Mo-

* SOLIDAR ist ein europäisches Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Förderung der sozialen Gerechtigkeit in Europa und weltweit einsetzen. Die etwa 60 Mitgliedsorganisationen kommen aus 29 Ländern. Quelle: OSHE Newsletter (Ausgabe # 3 / Juli – September 2018)

Forstzertifizierung und Arbeitnehmerstandards

von ROLF GEHRING, BRÜSSEL

2017 hatte die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) mit einem der zwei europäischen Arbeitgeberverbände der Möbelindustrie (UEA – Union Europeenne de l'Ameublement) ein Projekt durchgeführt, das die Möglichkeiten der Entwicklung und Etablierung eines Labels für gute Arbeitsbedingungen in der Lieferkette von Holz und der Möbelindustrie untersuchte. Zwar war auf Seiten der Arbeitgeber eine wesentliche Triebkraft Billigkonkurrenz auszuschalten, allerdings auch der Wille vorhanden, Mindestbedingungen bei der Arbeit zu etablieren. Ergebnis des Projektes war jedoch, dass die Beteiligten, nicht nur aufgrund der völlig unzureichenden Ressourcen der Beteiligten, keine Aussicht auf die Etablierung eines neuen Labels sahen, sondern auch die verwirrende Vielfalt von Labels, Zertifizierungen nicht erweitert werden sollte. Stattdessen wurde die Erweiterung bestehender Forstzertifizierungssysteme um soziale Normen als Möglichkeit beschrieben.

UEA hat allerdings nach Projektende Abstand von der Idee genommen, die EFBH verfolgt seither dieses Konzept weiter. Zwei internationale Forstzertifizierungssysteme bestehen derzeit, FSC und PEFC. FSC (Forest Stewardship Council) ist 1993 unter starker Betei-

dernisierung der Gerbereien geführt, obwohl nach wie vor viele extrem gesundheitsschädliche Chemikalien verwendet werden. Daher ist das Hauptziel des Projekts, die Verbesserung der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer in der Lederindustrie und ihren Lieferketten. Dies hat zu einer engen Zusammenarbeit mit dem Arbeitsinspektorat und der Tannery Workers Union geführt. Ein erster Schritt besteht darin, die größten Gesundheitsprobleme zu analysieren und die Arbeitnehmer darauf aufmerksam zu machen. Darüber hinaus werden die Beschäftigten in der Lederwarenherstellung über die Risiken informiert. Gewerkschafter und Aktive aber auch Beschäftigte sollen ausgebildet werden. Themen der geplanten Workshops sind: Arbeitsnormen und ihre effektive Umsetzung in der Lieferkette für Leder und Schuhe. Ziel ist, zusammen mit anderen aktiven NGOs einen nationalen Plan zu erstellen, um die allgemeinen Arbeitsbedingungen in der Lederindustrie in Bangladesch zu verbessern.

ligung von Gewerkschaftern gegründet worden und hat (wie auch PEFC) bereits soziale Standards als Teil der Forstzertifizierung etabliert. Die EFBH hat in den letzten drei Jahren nun mit Fokus auf FSC versucht, die ILO Kernarbeits-



normen als Bestandteil der Chain of Custody (Lieferkette) ins Spiel zu bringen, die mittlerweile von ESC ebenfalls zertifiziert wird.

FSC ist gewissermaßen als zivilgesellschaftlicher Prozess organisiert und besteht aus drei Kammern, die auf der Vollversammlung jeweils 10 Stimmen haben. Die drei Kammern sind Wirtschaft, Umwelt und Soziales. Beschlüsse müssen von allen drei Kammern unterstützt werden. Die EFBH hatte nun für die letzte Vollversammlung in 2017 einen Beschluss zur Integration der ILO-Kernarbeitsnormen eingebbracht, der dann jedoch keine Mehrheit fand. Dies lag weniger an der grundsätzlichen Ablehnung der Arbeitgeber, als vielmehr an einer unzureichenden Vorbereitung des Antrages, sprich Abstimmung und Diskussion mit den andern Kammern. In der Vorbereitung der kommenden Vollversammlung soll dies nun korrigiert werden. □

DOK: Blick in die Presse

THEMA: Menschenrechte / Konzerne

ROSEMARIE STEFFENS, LANGEN

Interparlamentarisches Netzwerk unterstützt UN-Abkommen zum Schutz der Menschenrechte in Unternehmen. Europa.blog, 11.10.18 – Seit 2014 verhandelt der UNHCR über ein Abkommen über Menschenrechtssnormen in Unternehmen. Dieses Abkommen wird seit Beginn der Verhandlungen massiv von der deutschen Bundesregierung blockiert. Aufgrund dieser Blockade nimmt auch die EU bisher nicht offiziell an den Verhandlungen teil. Die EU ist einer der größten Wirtschaftsräume auf dem Globus. Eine Beteiligung an den Verhandlungen zu dem geplanten Abkommen ist von daher im Blick auf die Durchsetzung eines solchen Abkommen von großer Bedeutung. Um endlich eine Beteiligung der EU an den Verhandlungen durchzusetzen und das Abkommen im Interesse von Arbeitnehmenden und von unternehmensbedingten Umweltbelastungen und -zerstörungen zu beeinflussen, haben sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Oktober 2017 zu einem internationalen Netzwerk zusammen geschlossen dem auch Abgeordnete der Partei Die Linke, Sozialdemokraten und Grüne angehören.

Konzerne in der Pflicht. SZ, 28.11.17

– Genaue Zahlen zu Menschenrechtsverletzungen durch Konzerne gibt es zwar nicht, aber einen Hinweis liefert eine Studie der Uni Maastricht, die 1800 Beschwerden gegen Unternehmen wegen Menschenrechtsverletzungen analysiert hat. An der Spitze standen Firmen aus den USA (511), Großbritannien (198), Kanada (110), China (94) und Deutschland (87). Fest steht, dass die Konzerne die großen Gewinner der Globalisierung sind: Zwischen 1989 und 2015 haben sich die Umsätze der größten 30 000 Unternehmen verdoppelt und ihre Gewinne verfünfacht. Eine Ursache dafür ist, dass Firmen die Fertigung in Regionen mit geringeren Umwelt- und Sozialstandards verlegten. Der Anstoß für die Initiative kam 2014 von Ecuador und Südafrika. Ein Streitpunkt ist der Adressatenkreis, der zunächst auf internationale Konzerne beschränkt war. Vor allem die EU pochte darauf, dass die Regeln für alle Firmen gelten. Mittlerweile sei von „transnationalen Wirtschaftsbeziehungen“ die Rede und alle seien gemeint. China unterstützte das Projekt. Deutschland lässt sich von der EU vertreten, die bislang keine gemeinsame Position zu den Zielen eines Abkommens hat. Die USA blieben außen vor. □

Rechte Provokationsstrategie: Der kalkulierte Tabubruch

VON HELMUT KELLERSHOHN

...

Provokation als Methode

Was das Thema Provokation anbetrifft, muss man grob zwischen zwei Varianten unterscheiden. Die erste Variante wird getragen von einem existentialistischen Ansatz, die zweite entstammt dem Werkzeugkasten des politischen Marketings, wie sie für rechtspopulistische Parteien typisch ist. Beiden gemeinsam ist, dass sie aus einer Position der Schwäche Nutzen ziehen wollen, um in eine Position der Stärke zu gelangen. Provokation ist eine Methode, meint Kubitschek**, und insofern, darf man interpretierend hinzusetzen, doch wohl kein Allheilmittel. Die Schwierigkeit beginnt z. B., wenn populistische Parteien Regierungsverantwortung übernehmen. Sie gehören dann ein Stück weit selbst zum sog. Establishment und können sich schlecht in dieser Rolle

selbst provozieren. Was erklärt, dass sie in dieser Lage Gefahr laufen, schnell ihre Wähler zu enttäuschen, „weil sie weder die Mittel noch die Erfahrung haben, um erfolgreich zu regieren“ (2). Erinnert sei hier an das Schicksal der FPÖ in der Schüssel-Haider-Ära.

Doch zunächst zu Kubitschek und damit zur ersten Variante. Sein Büchlein „Provokation“ gehört zu den Grundlagentexten der Identitären Bewegung und war schon damals, als er es schrieb, ein potenzieller Sprengsatz für das metapolitische Konzept des Instituts für Staatspolitik, als es noch von Karlheinz Weißmann maßgeblich geprägt wurde. Kubitschek gebärdete sich damals als der Existenzialist unter den Jungkonservativen mit einer Vorliebe für Ernst Jünger und Gottfried Benn und der Bereitschaft, von linken Aktionsformen zur Zeit der Studentenbewegung zu lernen. Die von ihm initiierte Konservativ-subversive Aktion (KSA) erinnerte nicht

umsonst an die Subversive Aktion der 1960er Jahre. Als Leitbild diente ihm der persönliche Einsatz nach dem existentialistischen Motto „Ich handle, also bin ich“ Und er verstand sich explizit als „politischer Existenzialist“, insofern sich der Primat der Tat aus einem „Mangel an Versöhnung“ (Sezession 50/2012) mit dem bestehenden ‚System‘ speist. Es sei die Position des Unkonventionellen, des Randständigen, des Exzentrikers, der „gegen jede Vernunft und um den Preis der Anschlussfähigkeit“ (Sezession 52/2013) handelt, um dem Dilemma zu entgehen, dass seine Handlungen das System stabilisieren könnten. „Denn das Politische [in diesem System; H.K.] ist zu Ende. Alles Große [Volk und Nation; H.K.] dämmert vor sich hin, und selbst die Erinnerung daran schläft ein. Das Radikale ist der Stachel, der wach hält. Das Experiment ist das Gebot der Stunde [...]“ (ebd.).

Was Kubitschek hier beschreibt, ist eine Haltung, ein Stil, und Ausdruck dessen ist die provokative Tat. Ihr gilt jeder konkrete, elaborierte politische Inhalt als zweitrangig, über diesen bzw. über „Tun und Lage“ muss zwar immer wieder neu verhandelt werden, Hauptsache aber ist, die Tat genügt dem Kriterium der Radikalität, der „expressiven Loslösung“, wie Kubitschek dies auch genannt hat (Sezession 50/2012, 13).

Dies ist das dezisionistische Element des politischen Existenzialismus, der Wille zur Entschiedenheit ist wichtiger als das, wofür sich entschieden wird – was durchaus impliziert, das für den politischen Existenzialisten auch der Faschismus eine Option sein kann. Die Provokation ist eine politische Kunstform, in der sich, so Kubitschek in einer Rede vor Burschenschaftlern 2009, die „Beunruhigung des Gegners“ mit der „Werbung für die eigene Sache“ und – das ist der entscheidende Punkt – mit der „Selbstvergewisserung des Ichs und der Gruppe“ trifft: „Immer dann, wenn einer entschieden etwas tut, vergewissert er sich seiner selbst.“

Eine wesentliche Bedingung für die Realisierung dieser drei Effekte aber ist die öffentliche Resonanz, sprich: die Reaktion der Medien, die in der Gestaltung der Provokation von vornherein mitbedacht werden muss. „Denn im Medienzeitalter hat nur das, über was berichtet wird, auch wirklich stattgefunden – und hieran bemisst sich der Erfolg jeder Aktion.“ Die Provokation muss so angelegt sein, dass sie der medialen Aufmerksamkeit etwa in Form einer Skandalisierung sicher sein kann.

Die existentialistische Variante der Provokation ist eine Art Stellvertreterhandeln ...

DOK Rechte Provokationen --- Demokratische Antworten

REDAKTIONSNOTIZEN • ZUSAMMENFASSUNG: ROSEMARIE STEFFENS, LANGEN, HESSEN

Für die Veränderung der europäischen Idee weg vom Bündnis gleichberechtigter Staaten tritt die Mehrheit der AfD-Europawahlkandidaten ein. Von vielen, die einen zeitnahen Austritt Deutschlands aus der EU fordern, setzte sich fast keiner durch. Die AfD sieht sich als Heilsbringer für die EU, die Deutschen vor allem Schlechtes zufügt, das andere Europa soll „von innen heraus“ entstehen. Meuthen, mit 90 % zum Spitzenkandidat gewählt, wirbt für ein „Europa der Vaterländer“ und strebt Vernetzung der derzeit auf drei Fraktionen verteilten rechtspopulistischen Parteien im EU-Parlament an. Strache, Orban und Salvini seien natürliche Verbündete der AfD. Er verband in seiner Rede geschickt verschiedenartige EU-Kritiken, z.B. Forderungen nach Beschränkung auf den EU-Binnenmarkt, gegen Subventionsbetrug und Lobbyismus, für Schutz der Außengrenzen und Kritik der EU als bürokratisches Monster. Bei den Kandidaten soll für jede Strömung was dabei sein. Im Januar findet Teil 2 des Parteitags statt, bis jetzt sind von 40 Listenplätzen 13 gewählt.

In der Schweiz scheiterte die Volksinitiative der SVP „Schweizer Recht statt fremde Richter“. Zwei Drittel lehnten die Geltung nationalen über internationalen Rechts ab. Bei Annahme

hätten die Behörden der Verfassung widersprechende völkerrechtliche Verträge nötigenfalls kündigen sollen.

In London demonstrierten gegen Rassismus und Faschismus in der Welt und im eigenen Land am 17.11. mehrere Tausende aus ganz Großbritannien. Die Demonstration wurde von „Stand Up To Racism“ initiiert und unterstützt von „Unite Against Fascism“, „Love Music Hate Racism“, der Gewerkschaft TUC und den Parlamentsabgeordneten D. Abbott, J. McDonnell u.a. Die Organisatoren sagen: „Die Wahl von Bolsonaro in Brasilien, einen Tag nach dem schockierenden antisemitischen Angriff auf die „Tree of Life-Synagoge“ in Pittsburgh, USA, markiert einen äußerst ernsten Punkt im Aufstieg der globalen Rechtsextremen. Er ist bekannt für Angriffe auf Frauen, Schwarze und LGBT+ Menschen und erklärte, dass Linke „nach Übersee gehen müssen, oder sie gehen ins Gefängnis“ und nennt Flüchtlinge „den Abschaum der Erde“. In jüngster Zeit ist auch in GB eine gewalttätige, rechtsextreme Bewegung entstanden mit Rassismus, Islamophobie und Antisemitismus, die größte seit den 30er Jahren. Sie erhält politische und finanzielle Unterstützung von Trumps ehem. Stabschef Steve Bannon und Rechtsextremen aus ganz Europa.

AfD: Provokation als Marketingstrategie

Mit dem Aufkommen von Pegida und AfD hat sich die Sachlage geändert. Die Neue Rechte hat nun ihre Ansprechpartner (die „Infanterie“ würde Kubitschek als ehemaliger Oberleutnant sagen), auf die sie lange gewartet hat. Das ‚Volk‘ agiert nun scheinbar selbst, während die Provokationsspirale von den Identitären nach dem Vorbild der KSA auf erweiterter Stufenleiter bedient wird und sich in den Wahlkämpfen und den Parlamenten die Propaganda der Tat zum professionell betriebenen politischen Marketing verändert. Die AfD ist eine Omnibus-Partei, die verschiedene und z.T. gegensätzliche Interessen (z.B. neoliberaler bzw. sozialpopulistischer Provenienz) artikuliert und artikulieren muss. Rhetorische Provokationen haben hier die Funktion, inhaltliche Gegensätze zu überdecken und symbolisch Gemeinsamkeiten zu stiften. So heißt es in dem sog. AfD-Manifest 2017 bezüglich der im Wahljahr einzuschlagenden Strategie mit Blick auf mögliche interne Spaltungen, dass das „Gemeinsame der AfD-Wählerschaft“ betont werden müsse: „Während Teile des liberal-konservativen Bürgertums auf der einen und Arbeiter und Arbeitslose auf der anderen Seite bei Themen wie Euro/Europa, Sicherheit, Migration/Islam, Demokratie, nationale Identität durchaus ähnliche Positionen vertreten, kann es Differenzen bei Fragen wie Steuergerechtigkeit, Rentenhöhe, Krankenkassenbeiträge, Mietbremsen oder Arbeitslosenversicherung geben.“ Daher gelte es, besonders die „konsensstiftenden Themen“ im Wahlkampf zu bearbeiten und dabei primär „den Finger in die Wunde der Altparteien zu legen“, als sich mit ausgefeilten Lösungsmodellen zu allem und jedem zu Wort zu melden. „Harte und provokante Slogans“ seien „wichtiger als lange, um Differenzierung bemühte Sätze“. Auf der anderen Seite wird betont, dass die AfD über den Bezug auf ihre Stammklientel hinaus eine Protestpartei sei, die auf den Zuwachs aus der Nicht-Wählerschaft setzen müsse. Daher müsse die AfD „ganz bewusst und ganz gezielt immer wieder politisch inkorrekt sein“ und dürfe „auch vor sorgfältig geplanten Provokationen nicht zurückschrecken“. Dabei müssten die Reaktionen des politischen Gegners, der Altparteien, mit berücksichtigt werden: „Je mehr sie versuchen, die AfD wegen provokanter Worte oder Aktionen zu stigmatisieren, desto positiver ist das für das Profil der AfD. Niemand gibt der AfD mehr Glaubwürdigkeit als ihre politischen Gegner. Deren negative Reaktion muss daher bewusst [...] einkalkuliert werden.“

Dieses Kalkül, aus der Einbeziehung der „negativen Reaktion“ Nutzen zu

ziehen, zielt darauf, den Gegner in eine No-win-Situation (2) zu versetzen: Wenn der Gegner (Parteien, Medien) nicht auf eine skandalöse Bemerkung oder Anspielung reagiert, könnte man dies als klammheimliche Zustimmung auslegen; erfolgt dagegen eine negative Reaktion (Stigmatisierung), wird die Äußerung erstens reproduziert, wodurch sie sich im öffentlichen Bewusstsein verfestigt; zweitens profiliert sie die Partei in den politischen Bereichen, in denen sie Themenführerschaft beansprucht, und drittens erzwingt sie (idealerweise) durch den öffentlichen Widerspruch Solidarisierungseffekte in den eigenen Reihen. Egal wie, die Sagbarkeitsgrenzen des hegemonialen Diskurses werden infragegestellt. Allerdings beruhen diese Effekte auf einer wichtigen Voraussetzung: Derartige Provokationen wirken nur dann, wenn im Alltagsbewusstsein relevanter Teile der Bevölkerung bereits Bruchlinien in der Affirmation des hegemonialen Diskurses sichtbar geworden sind, also ein Bedürfnis nach einer ‚weltanschaulichen‘ Neuorientierung de facto vorliegt. Provokationen sind Handlungen (ein Zeichen setzen!), die wirken, insofern das in ihnen verdichtete Weltanschauungsangebot (z.B. völkische Ideologie) auf eine entsprechende Nachfragesituation stößt. Sie setzen Orientierungspunkte, die auch diffusen Bewusstseinslagen Richtung und affektive Bindung bieten. Das ist ein gewichtiger Unterschied zur existentialistischen Variante, die noch sehr viel stärker auf Selbstvergewisserung und Stabilisierung eines intellektuellen Kleinmilieus bezogen ist. Gleichwohl gibt es Verbindungslien: Kubitscheks KSA war die Blaupause für die hiesige Identäre Bewegung, und diese wiederum hat sich zu einem Partner des Teils der AfD entwickelt, die die AfD zu einer fundamentaloppositionellen Bewegungspartei „mit Regierungsanspruch“ (Kyffhäuser-Manifest 2017) im Sinne von Höckes 51 Prozent-Ziel (Dresdner Rede) transformieren möchte (was im zitierten AfD-Manifest noch als unerwünscht abgelehnt wird).

Was tun?

Die beschriebene No-win-Situation kann unmittelbar nicht durchbrochen werden. Möglicherweise können intelli-



Duisburger Institut für
Sprach- und Sozialforschung

Seit dem Jahr 1987 forscht und publiziert das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung zu gesellschaftlichen Entwicklungen im In- und Ausland. Es analysiert die Genese von sozialen und kulturellen Ordnungen, um emanzipative Ansätze für eine demokratische Praxis in Politik, Pädagogik und Journalismus zu fördern. Dabei stützt sich das Institut auf die Methode der Kritischen Diskursanalyse, die im Rahmen der konkreten Forschungen beständig weiterentwickelt wird. Die Arbeitsschwerpunkte liegen derzeit in folgenden Bereichen:

Rassismus und Einwanderung in Deutschland, Entwicklungen der Extremen Rechten, Antisemitismus – Antiziganismus, Jüdische Publizistik im 19. Jahrhundert, Soziale Ausgrenzung, Biopolitik, Krieg und Friedenspolitik, Angewandte Diskurstheorie.

gente und gut gemachte Gegen-Provokationen für ein Gegengewicht sorgen, wie aktuell etwa die Anti-Höcke-Aktion des Zentrums für politische Schönheit (ZPS) in Bornhagen. In der Hauptsache aber bleiben nur zwei Möglichkeiten: Erstens systematische Aufklärung über die völkisch-nationalistischen Implikationen rechter Provokationen; dazu bedarf es genauerer Kenntnisse rechter Begrifflichkeiten und Konzepte einschließlich ihrer ideologiegeschichtlichen Voraussetzungen; und es bedarf der Fähigkeit, deren Kritik auf den verschiedensten Ebenen der Zivilgesellschaft, angefangen vom Wissenschaftsbereich bis runter zu den Stammtischen, also jeweils adressatengerecht zu organisieren. Zweitens aber gilt es, was nur bedingt mit der Rechten zu tun hat, an den eigenen Schwächen und Defiziten zu arbeiten, also die Fähigkeit zu entwickeln, in die zentralen gesellschaftlichen Konflikte intervenieren und die wesentlichen gesellschaftlichen Felder besetzen zu können. Sicherlich eine Mammutaufgabe, aber im hunderten Jahr nach der Novemberrevolution und zum 200. Geburtstag von Marx sollte die Devise sein: Jetzt erst recht.

* Dieser Beitrag von Helmut Kellersohn erschien zuerst in *analyse & kritik*, 633, 12. Dezember 2017 und ist in vollständiger Form nachzulesen unter <https://www.diss-duisburg.de>
Wir veröffentlichen den gekürzten Beitrag mit freundlicher Genehmigung des Autors.

**Götz Kubitschek, Neurechter Vordenker (Institut für Staatspolitik)

Literatur (1) Kellersohn, Helmut 2009: Widerstand und Provokation: Strategische Optionen im Umkreis des „Instituts für Staatspolitik“, in: Stephan Braun u.a. (Hg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe-Analysen-Antworten, Wiesbaden, S. 259-289. (2) Wodak, Ruth 2016: Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Wien/Hamburg.

Rezensiert: Michael Hartmann: Die Abgehobenen – Eine Kritik an der deutschen Elite und der Politik der sozialen Spaltung

RÜDIGER LÖTZER, BERLIN

Der Verfasser des hier rezensierten Buches, Michael Hartmann, war bis Herbst 2014 Professor für Soziologie an der TU Darmstadt. Er ist ein seit langem bekannter und angesehener kritischer Elitenforscher. „Hartmann steht für die These, dass Herkunft maßgeblich über den Erfolg entscheidet,“ heißt es auf dem Klappentext. Darauf könnte man salopp antworten, dass kennen wir aus dem sozial selektiven deutschen Bildungssystem. Tatsächlich steht Hartmann für eine linke Minderheit in der deutschen Sozialwissenschaft, die sich u.a. auf Studien und Ergebnisse des französischen Soziologen Bourdieu beziehen und deshalb von Anhängern der Systemtheorie als „klassengesellschaftliche Aussageweisen ... des 19. Jahrhunderts“ kritisiert werden. (1)

Dementsprechend ist auch sein aktuelles Buch. „Eliten höhlen die Demokratie aus“, ist seine These. „Die Eliten sind in ihrer großen Mehrheit inzwischen so weit von der breiten Bevölkerung entfernt, dass sie zunehmend Schwierigkeiten haben, deren Probleme zu erkennen und die Folgen ihrer Entscheidungen für die Bevölkerung zu verstehen“, wird der Autor im Klappentext zitiert.

Auf 250 Seiten beschreibt Hartmann, wie sich die hiesige Elite – aber auch die in den USA, in Frankreich, Großbritannien und anderen Ländern zunehmend in einer „Parallelwelt mit eigenen Regeln“ bewegt, wie sie die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft durch eine gezielte Steuerpolitik zugunsten der ohnehin Reichen in der Gesellschaft und einen damit einhergehenden Abbau sozialer Sicherungssysteme systematisch vorangetrieben hat und weiter vorantreibt und wie sie damit auch dem Rechtspopulismus Vorschub leisten, soweit dieser sich auf die Erfahrungen sozialer Ohnmacht und Ausgeliefertsein an Arbeitgeber und staatliche Politik bezieht und daraus Honig für ihre fremdenfeindliche Politik saugt.

Um es kurz zu sagen: Das Buch lohnt sich. Erster Vorteil: Es ist verständlich geschrieben, was nicht für alle sozialwissenschaftlichen Schriften gilt. Und es beschreibt einen Prozeß, der auch andere Sozialwissenschaftler weltweit zunehmend alarmiert, die Herausbildung einer oligarchischen gesellschaftlichen Struktur mit wenigen, extrem reichen Familien, die die gesellschaftlichen Prozesse dominieren und gestalten. Ähnliches hatte u.a. der in dieser Zeitschrift

schon rezensierte langjährige Weltbank-Ökonom Branko Milanovic in seinem Buch „Die ungleiche Welt“ analysiert und beschrieben. Hartmann konzentriert sich dabei weitgehend auf die Bundesrepublik Deutschland und die Entwicklungen hier.

Zweiter Vorteil: Hartmann erinnert an die Anfänge des sog. „Neoliberalismus“ durch Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA in den frühen 80er Jahren des 20. Jahrhunderts, Zeiten, die gerade die jüngere Generation nur vom Hörensagen oder aus dem Schul- oder Hochschulunterricht kennt. Er erinnert daran, dass sowohl Thatcher wie auch Reagan keineswegs nur mit der bis heute gepredigten „Befreiung der Märkte“ operierten, sondern auch mit brutaler Gewalt gegen die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften. Bei Thatchers Konflikt mit den Bergarbeitern und ihrer Gewerkschaft gab es auf Seiten der Streikenden damals 10 Tote, 3 000 Verletzte und 11 000 Verhaftungen. Reagan Angriff auf die Fluglotsengewerkschaft PATCO führte zur völligen Zerstörung und dem Verbot der Gewerkschaft, zu zahlreichen Festnahmen und einem lebenslangen Ausschluss aller Streikenden aus dem öffentlichen Dienst. Wer weiß das heute noch?

Drittes Merkmal beider Regierungen war die drastische Senkung der Spaltensteuersätze in beiden Ländern und eine damit verbundene beispiellose Bereicherungswelle der ohnehin reichsten Personen bzw. Familien in beiden Ländern. All das setzte hierzulande, auch das dokumentiert Hartmann, durch die Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung unter Schröder und Fischer ein und wurde unter den folgenden schwarz-roten wie schwarz-gelben Bundesregierungen bis heute fortgesetzt, während gleichzeitig der Ausbau eines „Niedriglohnsektors“ Millionen Menschen auf einen Lebensstandard drückte, der nach einhelliger Bewertung durch alle Wohlfahrtsverbände bis heute kein menschenwürdiges Existenzminimum abdeckt.

Akribisch, ja direkt boshafte sind die zahlreichen Belege und Zitate, mit denen Hartmann, der der Steuerpolitik und den Finanzministerien dabei eine treibende Rolle beimisst, die vielen Steu-

erskandale der letzten Jahre beschreibt – angefangen von den zahlreichen Steuerbetrugsfällen reicher Leute und ihrer scheinheiligen Empörung (seien sie nun Unternehmenschefs wie Zumwinkel, aus dem Mediengewerbe wie Alice Schwarzer, aus der Bundesliga wie Hoeness usw. usf.) und der leider frappierende Hinweis, dass weder die Veröffentlichungen der „Panama Papers“ oder „Paradise Papers“ noch das Auffliegen der illegalen „Cum-Ex-Geschäfte“ von den Steuerverwaltungen ernsthaft verfolgt wurden. Immer hielten die Finanzminister – angefangen von Eichel über Steinbrück, Schäuble und jetzt Scholz ihre schützende Hand über die Reichen dieser Republik. Auch die hemmungslose Gier dieser Kreise – angefangen von einem SPD-Finanzminister Eichel, dem seine Ministerpension nicht reichte, über den VW-Betriebsratschef

Osterloh und seine kühne These, VW-Chef Winterkorn mit seinem zweistelligen Millionengehalts sei „jeden Cent seines Gehalts wert“, über die sechsstelligen Gehälter von Nachrichtensprechern und Geschäftsführern bei ARD und ZDF – alle kriegen ihr Fett weg. Die Empörung des Autors über diese hemmungslose Selbstbereicherung ist unübersehbar, und sie ist berechtigt.

Wie gegenüber einer solchen, sich zunehmend aus sich selbst rekrutierenden und damit sich abschottenden wirtschaftlichen

und politischen Elite eine „linke Mehrheit“ in diesem Land zustande kommen soll, ist am Ende die offene Frage. Hartmanns Verweis auf Leute wie Bernie Sanders in den USA und den neuen Labour-Chef Corbyn wirkt leider wie ein verzweifeltes Pfeifen im Walde.

Trotz dieser Ratlosigkeit am Ende: Die Lektüre lohnt sich. Die sich vertiefende und verfestigende soziale Spaltung in diesem Land ist kein Naturgesetz. Sie ist von Menschen gemacht und sie kann auch von Menschen geändert werden. Es bleibt also Hoffnung.

(1) Volker R. Berghahn, Stefan Unger, Dieter Ziegler (Hg.), Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, Bd. 11, 2003, Seite 153



Michael Hartmann, *Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden*. Campus Verlag, Frankfurt/New York, 2018. 250 Seiten, 19,95 Euro.

Deutsche Islamkonferenz: Wieder am Thema vorbei

KARL-HELMUT LECHNER, NORDERSTEDT

Nimmt man als Maßstab die Speisen, welche Bedeutung von der Bundesregierung Deutschen der Islamkonferenz zugemessen wurde – es gab u.a. für die geladenen Moslems Blutwurst vom Schwein – kann man sich gut ausmalen: viel an Wertschätzung, Respekt und Willen zur Zusammenarbeit kann nicht dabei gewesen sein. Blut, und dann noch vom Schwein, ist für gläubige Islamis aller Richtungen ein Tabu und religiöser Gräuel. Dass Horst Seehofer, der Troll von der CSU, als Innenminister zu dieser Konferenz für den 28. und 29. November 2018 geladen hatte, ließ jede BeobachterIn ohnehin die eigenen Erwartungen tiefer hängen: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland!“ Dass jemand, der diesen Satz in den letzten zwölf Monaten immer wiederholt hat, geeignet sein soll, mit Empathie und Sachkenntnis die vielen kulturellen und religions-verfassungsrechtlichen Fragen, die das Verhältnis der islamischen Religionsgemeinschaften zum Staat bestimmen, aufzugreifen, gar befriedende Lösungen vorzuschlagen – kaum zu glauben.

Entsprechend verfehlte diese Konferenz auch ihr Thema: Die rechtliche Gleichstellung islamischer Gemeinden, wie es das Grundgesetz in dem Artikel 140 für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften vorgibt.

Damals, im Jahr 2006, eröffnete Bundes-Innenminister Wolfgang Schäuble die erste Deutsche Islamkonferenz mit den Worten: „Der Islam ist Teil Deutschlands und Europas.“ Vier Jahre später war es dann Bundespräsident Christian Wulff, der den Satz prägte: „Der Islam gehört zu Deutschland.“ Im Jahr 2011 kontiert Bundes-Innenminister Hans-Peter Friedrich, CSU: „Dass der Islam zu Deutschland gehört, ist eine Tatsache, die sich auch aus der Historie nirgendwo belegen lässt.“

Dieser CSU-Linie sprang im April dieses Jahres in der „Neuen Zürcher Zeitung“ der aus Syrien stammende Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Göttingen, Bassam Tibi, mit folgender skurrilen Logik bei: „Den Islam‘ gibt es nicht. Es gibt 57 Länder mit vorwiegend islamischer Bevölkerung, zwei Milliarden Muslime und vierzehn Jahrhunderte islamische Geschichte. Gehört das alles zu Deutschland? Man kann das schlecht behaupten.“ Wie wäre es, wenn wir mal diese „Argumentation“ auf „das Christentum“ anwenden, auf diese alt-orientalische Sekte aus Palästina; oder gar auf „die Demokratie“, diese etwas drollige politische Idee aus dem

alten Griechenland des 5. Jahrhunderts v.u.Z.?

Immerhin: Diesmal waren auch säkulare, laizistische und liberale Muslime mit auf der Konferenz dabei. Die Mehrheit der Muslime gehöre keinem der großen Dachverbände an, so begründete Seehofer diesen richtigen Schritt.

So saßen zusammen mit Seehofer auf der Bühne: Serap Güler, CDU-Politikerin und Staatssekretärin in Nordrhein-Westfalen, Aiman Mazyek, der Chef des Zentralrats der Muslime in Deutschland, sowie Bülent Ucar, der Direktor des Instituts für islamische Theologie an der Universität Osnabrück. Bülent Ucar forderte für die Muslime „rechtliche Anerkennung und Gleichstellung“ ein; diese fehle „nur im islamischen Bereich“, kritisierte er; und kam damit auf den Kernpunkt der Probleme.

Aber dies kümmerte im Verlauf der Konferenz die Veranstalter wenig. Vielmehr wie immer, wenn eine Reihe religiöser Gruppierungen, mögen sie noch so nahe inhaltlich beieinander liegen, aufeinandertreffen: es begann der Kampf um die Deutungshoheit. „Für wen sprechen Sie?“, fragte denn auch die Moderatorin der Runde gerade heraus Herrn Aiman Mazyek. „Für die deutschen Muslime“, antwortete dieser und rief dadurch nicht nur unter seinen Gegnern im Publikum hämische Heiterkeit hervor. Der Kampf um die Deutungshoheit ist eben zugleich Kampf um Macht. Konkret: Wen sich der Innenminister als Partner aussuchen darf; wer sich ihm anient.

Kein zentraler Ansprechpartner nötig

Die Veranstalter der Konferenz spielten dies Spiel gerne mit: Seehofer wünsche sich ja beinahe, dass sich Mazyek zum Papst erkläre, bemerkte Abdel-Samad, ein Vertreter der „Initiative Säkularer Islam“, im Rahmen einer Fragerunde spöttisch.

Er machte damit deutlich, dass sich die Bundesregierung mit ihrer Forderung nach einem zentralen Ansprechpartner, den ihr die islamischen Organisationen und Gemeinden präsentieren sollen, weiterhin auf dem bisherigen Holzweg bewegt. Einen zentralen Ansprechpartner für den Staat gäbe es nur dann, wenn man meint, es müsse in Religionsgemeinschaften immer so zugehen wie in der Katholischen Kirche. Sie ist tatsächlich weitgehend zentralistisch von

oben nach unten strukturiert und hat in der Bischofskonferenz ein Gegenüber zu staatlichen Stellen. Aber die anderen Religionsgemeinschaften? Mögen die Lutheraner mit ihren Bischöfen diesem Modell noch am nächsten kommen. Die Reformierten? Die jüdischen Gemeinden? Die vom eigenen Selbstverständnis her ausdrücklich dezentral aufgestellten protestantischen Freikirchen? Oder die einzelnen Freidenkerverbände? Sogar die Zeugen Jehovas? Sie alle haben in der Bundesrepublik Deutschland ohne zentrale Organisation die Rechtsform, die die Verfassung vorgibt: die „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ (KdÖR). Das Grundgesetz sieht keine einheitliche zentrale Struktur der Religionsgemeinschaften als Bedingung für diese rechtliche Absicherung vor. In das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurden 1949 im Artikel 140 die Bestimmungen der Weimarer Verfassung übernommen. Darin verleiht es anerkannten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaf-



Gegenseitige hohe Wertschätzung: „Muhammad auf einem Kamel und Jesus auf einem Esel, gemeinsam reitend“. Persische Miniatur, 18. Jahrhundert. Teheran, Parlamentsbibliothek

ten den Status der „Körperschaft des öffentlichen Rechts“. Sie sind damit vom Staat unabhängig und keiner Staatsaufsicht unterworfen. Das Grundgesetz sagt dazu: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig ...“

Eine islamische Gemeinde, die diesen Status hätte, wäre damit auch rechtlich Teil des öffentlichen Lebens – eben wie z.B. die christlichen Kirchen. Der Status KdÖR würde ihnen vielfältige Möglichkeiten der Kooperation eröffnen. Es wäre mit diesem Status gesellschaftliche Wertschätzung und Zugehörigkeit verbunden. Nur wenige Rechte hat, kann zum Partner werden. Höchste Zeit, dass die zuständigen Landesregierungen von sich aus den islamischen Gemeinden den Status der „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ anbieten. □

Die Rote Proklamation beschleunigte die Einführung des allgemeinen Wahlrecht

JUHANI LOHIKOSKI, HELSINKI

Der Generalstreik von Oktober bis November 1905 war ein umfassender, revolutionärer Streik im russischen Zarenreich und in dem zu dessen Hoheitsbereich gehörenden finnischen Großfürstentum. In Finnland war dies sowohl ein allgemeiner Volksaufstand der Finnen gegen das russische Zarenreich als auch die erste wirkliche Demonstration der gesellschaftlichen Macht der Arbeiterklasse. Der Generalstreik beendete die erste Phase der Russifizierung und führte zur Umwandlung der Ständegesellschaft in Richtung einer parlamentarischen Zivilgesellschaft.

Das finnische Bildungsbürgertum hatte versucht, der Russifizierung des Zaren mit Petitionen entgegenzutreten, aber diese waren ergebnislos geblieben. Erst als die Arbeiterorganisationen dem Streik beitrat, entstand der nötige Druck. Die Arbeiterklasse begnügte sich nicht mit nationalen Forderungen, sondern forderte eine Verbesserung ihrer Stellung.

„Nur gemeinsam können wir unsere Rechte durchsetzen“

Die Arbeiterklasse erlebte das gesellschaftliche Erwachen im Konflikt mit den freiheitlichen Grenzen des frühen industriellen Kapitalismus in Finnland. Im Vergleich zu anderen Staaten in Westeuropa erfolgte die Industrialisierung in Finnland spät und in bescheidenem Umfang, aber vergleichsweise rasch. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verzehnfachte sich die Zahl der Industriearbeiter und wuchs jährlich um 5 Prozent.

Der Erfolg des industriellen Bürgertums

Verantwortlich für die Zunahme der Industrialisierung waren die vom Senat verabschiedeten Wirtschaftsreformen zur Liberalisierung der unternehmerischen Tätigkeit. Die Reformen waren der Erfolg eines langen, zähen Ringens des städtischen Bürgertums mit der adeligen Bourgeoisie, die an den traditionellen Werten des Landes festhielten und statt der Schornsteine der städtischen Fabriken die Reinheit der ländlichen Gebiete verehrten.

Das aufsteigende industrielle Bürgertum suchte neue Wirtschaftskraft bei erfolgreichen und häufig ausländischen Handwerksmeistern und Mechanikern, die in ihren Köpfen Spitzentechnologie von einem Land zum nächsten schmuggelten. Der Begrün-

Die in der Roten Proklamation von Tampere hervorgehobenen Forderungen der Arbeiterbewegung wurden während des Generalstreiks am 1. November 1905 vom Balkon des Rathauses verlesen. 40 000 Arbeiter waren gekommen, um diese anzuhören. Mit Hurra-Rufen wurde sie vom Volk angenommen.

Die Proklamation enthielt vier Punk-



te. Zuallererst sollte die Regierung des autonomen Großfürstentums Finnland zurücktreten. Zweitens wurde das allgemeine und gleiche Wahlrecht gefordert. Der dritte Punkt forderte das Ende der russischen Unterdrückung und der vierte die Ausweitung der Vereins-, Versammlungs- und Redefreiheit.

Zwei Tage später wurde die Proklamation in Helsinki angenommen und in einer konstituierenden Versammlung

eine Übergangsregierung gewählt, an der Vertreter der Arbeiter beteiligt waren. Am Tag darauf unterzeichnete der Zar ein Manifest der Übergangsregierung, in dem eine Ständeversammlung einberufen und der neue Senat mit der Erneuerung des Parlaments beauftragt wurde.

Zar Nikolai II bestätigte das neue Wahlgesetz und die neue Regierungsordnung des Großfürstentums am 20. Juli 1906. Damit war in Finnland ein modernes Einkammerparlament geschaffen worden.

Die ersten Parlamentswahlen auf der Grundlage eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts in der Geschichte des Landes fanden vom 15. bis 16. März 1907 statt. Im Vergleich zum Ständesystem erhöhte sich im neuen System die Zahl der Stimmberechtigten von vormals 126 000 finnischen Männern auf 1.273 000 finnische Männer und Frauen über 24 Jahre. Die Frauen in Finnland erhielten als erste in Europa das aktive und passive Wahlrecht. In den ersten Wahlen wurden 19 Frauen in das Parlament gewählt.

der der Finlayson-Fabrik in Tampere, James Finlayson, war einer von tausenden Briten, die das technische Können der „Weltwerkstatt“ Großbritannien auf den europäischen Kontinent überführten. Ähnliche Beispiele für aus dem übri-



Oben: Generalstreik 1905. Foto von Theodor Sommers. Archiv der Museen von Tampere. Unten: Belegschaft der Finlayson-Textilfabriken 1896. Archiv des Vapriikki Museums in Tampere.

gen Europa eingewanderte Fabrikgründer gab es viele.

Die Wandlung der Landbevölkerung zur Arbeiterklasse

Der zweite bedeutende Faktor war die erhöhte Mobilität der abhängigen Klasse. In der Vergangenheit war das einfache Volk vor allem im ländlichen Raum langfristig an seinen Wohnsitz gebunden und per Gesetz dazu gezwungen, um rechtlichen Schutz bei Grundbesitzern, Arbeitgebern oder Pfarrgemeinden zu ersuchen. Dies bedeutete häufig, für einen Jahreslohn zu arbeiten und sich dem Befehl des Landbesitzers unterzuordnen. Auf diese Weise sollte die Landbevölkerung als billige Arbeitskraft gebunden werden. In den Städten herrschte ein freierer Umgang.

In den Hungerjahren 1867 und 1868 starben 150 000 finnische Staatsbürger. Obwohl auch Seuchen eine unbestreitbare Rolle spielten, war Hunger die Hauptursache. Aufgrund schlechter Ernten über mehrere Jahre waren die Getreidevorräte aufgebraucht. Der Konflikt gipfelte dahingehend, dass die Hofbesitzer Nahrung hatten und die Landarbeiter nicht. Brot wurde zu einem Zeichen für Macht. Der Hunger trieb viele dazu, Arbeit zu suchen und um Essen zu betteln.

Die Hungerjahre veranlassten den Senat, die Gesetzgebung zu ändern. Die Gewährung der unternehmerischen Freiheit sollte beschleunigt und die Grenzen für die Mobilität der Arbeitskräfte abgeschafft werden. Nach dem Gesetz von 1872 waren nur Minderjährige, Alte und Kranke unterstützungsberechtigt. Das Leitprinzip lautete nun, dass jeder das Recht habe, sich selbst mit seiner eigenen Arbeit zu ernähren, woraus auch die Verpflichtung erwuchs, dies zu tun.

Ein Arbeitsverhältnis war nach den Änderungen der Rechtsvorschriften nun ein individueller Vertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, den beide mit einer zweiwöchigen Kündigungsfrist aufheben konnten. Auch wenn dem Gesetz weiterhin ein patriarchalischer Charakter anhaftete, wurde durch die Änderung rechtlich der „freie Lohnarbeiter“ geboren.

Freiheit und Lebensunterhalt

Die Hoffnung auf ein besseres Auskommen und größere Freiheit trieb die Landbevölkerung zur Arbeit in die Fabriken. Zum Ende des 19. Jahrhunderts wuchsen die Fabrikstädte aufgrund einer Vervielfachung der Zahl der Arbeiter rapide an.

Für die arbeitende Bevölkerung in den Städten bedeutete das kapitalistische Wirtschaftssystem einen Wechsel der Basis für die Bestreitung ihres Lebensunterhalts, den Übergang zum eigenen Tauschhandel. Trotz Knappheit bot die Lohnarbeit für viele die Möglichkeit, ihr Auskommen zu verbessern. Das Volkeinkommen und die durchschnittlichen Reallöhne der arbeitenden Bevölkerung haben sich zwischen den Hungerjahren und dem Ersten Weltkrieg schätzungsweise verdoppelt.

Vergleichsweise am stärksten konnten junge Frauen ihren Lebensstandard erhöhen, die sich von der Magd zur Fabrikarbeiterin wandelten. Die Arbeiter schätzten die Industrialisierung, da diese gegenüber der alten Ständegesellschaft im ländlichen Raum Freiheit und Fortschritt zu bieten schien.

Dagegen erlebten die Landarbeiter außerhalb der Städte wiederum keine vergleichbare Veränderung. Nur die Hunderttausende, die in die Industriezentren Finnlands, Russlands und Amerikas zogen.

Die Politisierung der Arbeiterklasse

Wie entstand aus der arbeitenden Bevölkerung eine politische Klasse? Die Entstehung der Arbeiterklasse scheint einem sehr klassischen Schema zu folgen, wonach die kapitalistische Industrialisierung Lohnarbeiter hervorbringt, die zur Wahrung ihrer Stellung den Machthabern Widerstand leisten und so eine sich

Aura Kiiskinen: Gleichberechtigung verwirklichen

JUHANI LOHIKOSKI, HELSINKI

Im April 1907 wurde der finnische Gewerkschaftsverband gegründet. Ausschlaggebend hierfür war auch der Generalstreik von 1905, der die Arbeiterschaft sichtbar in den gesellschaftlichen Mittelpunkt rückte, die Ständegesellschaft abschaffte und das allgemeine und gleiche Wahlrecht erwirkte. Aus den Wahlen im Jahr 1907 gingen die Sozialdemokraten dann als größte Partei mit 37 % der Stimmen hervor. Die gewerkschaftliche Organisation war in den vorangegangenen Jahren rasch vorangeschritten und es bestand Bedarf nach festen Organisationstrukturen. In den Anfangsjahren war die vorrangige Aufgabe die Streikorganisation. An der Gründungsversammlung nahmen fast 400 Vertreter teil, die Arbeitervereine sowie Ad-hoc-Ausschüsse vertraten. Die Versammlung verabschiedete den Grundsatz der Ebenbürtigkeit der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Die Mitgliederzahl des finnischen Gewerkschaftsverbandes stieg gleich im ersten Jahr auf 25 000 an.



Aura Kiiskinen war eine der Agitatorinnen des finnischen Gewerkschaftsverbandes. Sie bereiste das Land und sprach unter anderem von der Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Organisation von Frauen. Kiiskinen besuchte die Grundschule in Wyborg und war seit dem 16. Lebensjahr als Dienstmädchen in zahlreichen Haushalten tätig. Sie gehörte der Dienstmädchenverband an, aus der die Dienstbotengewerkschaft hervorging. Diese Gewerkschaft setzte sich aktiv für den Acht-Stunden-Tag für Dienstpersonal ein.

Aura Kiiskinen war bis zum Bürgerkrieg im Jahr 1918 über mehrere Perioden als Abgeordnete tätig. Sie war auch Mitglied im staatlichen Komitee für Arbeitslosigkeit. Kiiskinen vertrat die Rolle der Frau auch bei ihrer Teilnahme am Frauenkongress im Jahr 1910 in Kopenhagen, bei dem der internationale Frauentag seinen Anfang nahm.

dem sozialistischen Ziel bewusste Klasse herausbilden. Dies war jedoch nach Pertti Haapala, Professor für Geschichte, in Finnland nicht der Fall.

Das Bildungsbürgertum hatte über die Aufstände der Arbeiter in Europa gelesen und strebte danach, die arbeitende Bevölkerung in einer gemeinsamen Anstrengung zu zivilisieren. Die Grundidee waren Erziehungsprogramme zum Wesen des Finnischstums mit dem Ziel, den gesellschaftlichen Frieden aufrechtzuerhalten, die eigene Macht durch einen Bund mit dem Volk zu stärken, aber auch das wahrhaft starke Ideal einer demokratischen Gesellschaft.

Das Ideal der Zusammenarbeit begann zu bröckeln, als in den Arbeitervereinen die Arbeitermitglieder mit den Bildungsbürgern über das Wahlrecht in Streit gerieten. Den Arbeitern war eine Kostprobe der Freiheit gewährt worden, aber sie verfügten über kein staatliches Wahlrecht. Auch auf kommunaler Ebene bestand nur teilweise ein Wahlrecht und dieses häufig einkommensabhängig. Die Botschaft von Gleichberechtigung und Gerechtigkeit war angekommen, aber als Ideal und Wirklichkeit aufeinandertrafen, sah die arbeitende Bevölkerung als einzigen Weg zur Verbesserung ihrer Situation die unabhängige Organisation. Die arbeitende Bevölkerung organisierte sich in Berufsverbänden und in der 1899

gegründeten Arbeiterpartei Finnlands. Die Politisierung der Arbeiterklasse gipfelte 1905 im Generalstreik, aus dem sie als eine bedeutende gesellschaftliche Kraft hervorging.

Es scheint auch, dass die im 19. Jahrhundert durch den Kapitalismus hervorgebrachte Lohnarbeiterklasse den Kapitalismus nicht als Bedrohung für ihre Existenz erlebte. Die Arbeiterschaft begann, sich zu organisieren, jedoch vielmehr, um an der bürgerlichen Gesellschaft teilzuhaben, und nicht, um diese zu stürzen. Durch die Teilnahme an der sich formenden Zivilgesellschaft versuchte die Arbeiterschaft, die Ungleichheiten der Ständegesellschaft zu beseitigen. Nach Haapala kann man davon ausgehen, dass die finnische Arbeiterbewegung die Art und Weise zum Ausdruck brachte, wie die Arbeiter sich den Gedanken der Nationalität zu eigen machten und dies in einer Situation, in der die Klassengrenzen der alten Gesellschaft noch sehr lebendig waren und sich sowohl der Nationalstaat als auch die bürgerliche Gesellschaft im finnischen Winkel des russischen Reiches in der Entstehung befanden. Die Gesamtheit dieser Faktoren erklärt die Stärke der finnischen Arbeiterbewegung, nicht der Wandel, den die Industrialisierung mit sich brachte.

Übersetzung: NORDICA TRANSLATIONS

Inhalt

Bundestagsfraktion Die Linke 27.11.2018: bei 12 Enthaltungen ohne Gegenstimmen für UN-Migrationspakt • EGMR: Selahattin Demirtaş muss freigelassen werden • 24./25.11.2018: Landesparteitag Die Linke Baden-Württemberg	4
Brexit: Ein mögliches Abkommen	4
Gelbe Warnwesten: eine heftige politische Krise in Frankreich	6
25 Jahre PKK-Verbot – PKK-Verbot aufheben!	7
Interview von ANF mit Linke-MdB Ulla Jelpke: PKK-Verbot bedeutet Diskriminierung der Kurden	
Aktionen – Initiativen	8
Deutsche Umwelthilfe (DUH) erwirkt erstes Autobahn-Diesel-Fahrverbot • Städte- tag warnt vor „Flickenteppich von Fahrverboten“ in den Städten • Ingrid Remmers, MdB, Die Linke: Haushalt der betrogenen Dieselfahrer ist in einer katastrophalen Schieflage! • Fahrverbot für Dieselautos – gut und nicht gut	
Essen, Haushaltsrede 2018	10
Änderungen zum Haushaltsplanentwurf 2019	
Kommunale Politik: Haushaltsdebatten	11
Grundsatzrede zum Haushalt 2019: Stuttgart • Karlsruhe Linke Haushaltsanträge • Rede zum Haushaltsplan der Stadt Leipzig • Kürzungspolitik der Koalition: Ausdruck von fehlendem Mut und mangelnder sozialer Verantwortung. Frankfurt a.M. • Oberbürgermeister soll Sicherheit für Vereine und Verbände schaffen: Erfurt • Links-Fraktion fordert Erhöhung der Globalmittel: Bremen • Solidarische Stadt Bochum • Keine zusätzliche Förderung für Langzeitarbeitslose. Rhein-Erft-Kreis • Kita-Gebühren für unter Dreijährige abschaffen! Düsseldorf.	
Internationale Konzerne sollen Menschenrechte einhalten	15
Bangladesch: Projekt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Lederindustrie • Forstzertifizierung und Arbeitnehmerstandards • Blick in die Presse: Menschenrechte / Konzerne	
Rechte Provokationsstrategie: Der kalkulierte Tabubruch	18
Rechte Provokationen --- Demokratische Antworten	
Rezensiert: Michael Hartmann: Die Abgehobenen – Eine Kritik an der deutschen Elite und der Politik der sozialen Spaltung	20
Deutsche Islamkonferenz: Wieder am Thema vorbei	21
Kalenderblatt Finnland 1905: Die Rote Proklamation beschleunigte die Einführung des allgemeinen Wahlrecht	22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in sechs Wochen am 17. Januar 2019. Redaktionsschluss: Freitag, 11. Januar. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de. Erscheinungstermine 2019: 17. Januar, 14. Februar, 14. März, 11. April, 9. Mai, 27. Juni, 25. Juli, 22. August, 10. Oktober, 7. Nov., 5. Dez.

**Kriege führen?**

WeltTrends 146, Dezember 2018

Europa ist nicht (mehr) kriegstauglich! Zu dieser wichtigen Erkenntnis war man Ende der 1980er-Jahre in Gesamteuropa gekommen. Die 1990er-Jahre zeigten, dass es doch möglich war, an den „Rändern“ Europas Krieg zu führen. Weltweit häuften sich sogar die militärischen Auseinandersetzungen. Das Säbelrasseln, das man heute nicht nur allerorten, sondern auch hierzulande hört, signalisiert, dass diese Erkenntnis verloren geht, zumindest nicht mehr in der politischen Klasse präsent ist. Kann man also doch Kriege führen? Und gewinnen? Diesen Fragen widmet sich das WeltTrends-Heft Nummer 146.

Beiem Voranschreiten der Menschheit geht viel an Erkenntnis verloren.

Manches zu Recht, wie das ptolemäische Weltbild von der Erde als Zentrum des Universums, das über Jahrhunderte das Denken bestimmte. Anderes sollten wir aber nicht dem Ozean des Vergessens überlassen. So die wichtige Erkenntnis, zu der man Ende der 1980er-Jahre in Gesamteuropa kam, damals in Ost und West geteilt und politisch und militärisch feindlich aufgestellt, dass man keinen Krieg gewinnen, ja, dass man keinen Krieg in Europa führen kann.

Über Jahrhunderte war das *jus ad bellum*, das Recht zum Krieg, das zentrale Moment von Staatlichkeit. Zwar wurde dies allmählich formaljuristisch eingehetzt, wie mit dem Briand-Kellogg-Pakt von 1928, der Krieg ächtete. Aber die Erkenntnis, dass im 1945 begonnenen Atomzeitalter die Industrienationen Europas und Nordamerikas keinen Krieg gegeneinander führen können, ohne ihre eigene Existenz auf Dauer in Frage zu stellen, die war neu. Sie kam nicht plötzlich, es bedurfte Jahrzehnte. Ende der 1980er-

Jahre gestand man sich in Ost und West ein: Sicherheit war nur gemeinsam zu erreichen, nicht gegeneinander. Damit war auch die These von Clausewitz, der Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, obsolet.

Die 1990er-Jahre zeigten, dass es doch möglich war, an den „Rändern“ Europas, wie dem Balkan, Krieg zu führen. Weltweit häuften sich sogar die militärischen Auseinandersetzungen. Kann man doch Kriege führen und sogar gewinnen? Im Schwerpunkt geht es um diese Frage und wir haben als ersten Beitrag einen Text, der bereits vor 28 Jahren publiziert wurde. Er zeigt, was man zu jener Zeit begriffen hatte: Europa ist nicht (mehr) kriegstauglich!

Das Säbelrasseln, das man heute nicht nur allerorten, sondern auch hierzulande hört, signalisiert, dass diese Erkenntnis verloren geht, zumindest nicht mehr in der politischen Klasse präsent ist. In diesem Sinne ist dieses letzte Heft im turbulenten Jahr 2018 auch ein Beitrag gegen das Vergessen.

Potsdam, im November 2018

Dr. Raimund Krämer, Chefredakteur.

INHALT. --- **WeltBlick:** • Der INF-Vertrag und die Sicherheit Europas. HARALD KUJAT (4) • Weiterhin vergessen: Der Krieg im Jemen. RENATE SCHMIDT (7) • Die orthodoxe Kirche und die Ukraine. EVGENY MURZIN (12) --- **Zum Tag der Menschenrechte.** Gastkommentar von HENNING MELBER (19) --- **multipolar: Kriege führen?** • Kriegsuntauglichkeit Europas. MAX SCHMIDT und WOLFGANG SCHWARZ (20) • Apokalypse Kernwaffenkrieg. LUTZ KLEINWÄCHTER (28) • Kriegsverhütung durch Sicherheitspartnerschaft. WOLFGANG SCHWARZ (34) • Neue Konzeption der Bundeswehr 2018. GREGOR SCHIRMER. (39) --- **Streitplatz: Bedrohung durch einen Atomkrieg?** Repliken auf LUTZ KLEINWÄCHTER --- **Historie:** 100 Jahre polnische Republik. KRYSZTOF PILAWSKI und HOLGER POLITT (56) --- **Analysen:** Zu den Midterms in den USA. Roland BENEDIKT (60) --- **Bücherschau:** Von Wirtschaftskultur und Zeitenwende. (66) --- **KOMMENTAR:** Zum jüngsten Petersburger Dialog. Ein Kommentar von ERHARD CROME (70)

Winterschule 2019 der LINKEN-Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung. Do, 3. Jan. bis Sa, 5. Jan. 2019, in Erfurt, Jugendherberge:

Donnerstag, 3.1., 14 Uhr bis Freitag, 4.1., 18 Uhr: Lektüre von Quellentexten zum Thema **Der Große Krieg und die Opposition im Deutschen Reich an der Schwelle zum zwanzigsten Jahrhundert.**

Samstag, 5.1., 8 Uhr bis 12 Uhr: Mitgliederversammlung der ArGe. Projekte, Perspektive ...

Samstag 13 Uhr bis 17 Uhr: Öffentliches Seminar mit Gästen. **Friedenspolitik, Völkerverständigung und Gestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen** ... Mit. Dr. rer. pol. habil. Erhard Crome; Pfarrer i.R. Jürgen Klute.

Tagungsprogramm siehe PB11/2018 sowie (aktualisiert) www.linkekritik.de/index.php?id=tagung